DER OBERBÜRGERMEISTER
Dezernat II

STADT MÜNSTER

Vorlagen-Nr.:
V/0505/2012
Auskunft erteilt:
Herr Möller
Ruf:
492 70 22
E-Mail:
MoellerFrank@stadt-muenster.de
Datum:
08.06.2012

Öffentliche **Beschluss**vorlage

Betrifft

Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik - Handlungsprogramm 2012 bis 2017

Beratungsfolge

21.06.2012	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften	Vorberatung
27.06.2012	Hauptausschuss	Vorberatung
27.06.2012	Rat	Entscheidung

Beschlussvorschlag:
I. Sachentscheidung:

Ausgangslage

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass sich in den zurückliegenden Jahren ein nachhaltiger Aufgabenumbruch auf kommunaler Ebene mit einer deutlichen Leistungsausweitung z. B. in den Bereichen Kinderbetreuung, Jugendhilfe und soziale Leistungen vollzogen hat, ohne dass sich die Finanzlage der Städte in dieselbe Richtung entwickelt hat. Vor diesem Hintergrund erachtet es der Rat als erstrebenswert, den bisherigen **haushaltspolitischen Kurs unter dem Leitmotiv „Zukunft und Zusammenhalt" weiter zu entwickeln** und **im Sinne einer dauerhaft nachhaltigen Kommunalpolitik** die bestmöglichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt mit den vorhandenen Ressourcen zu erbringen.

2. Der Rat bekräftigt seine **Zielsetzungen**,
   - die Haushaltssicherung zu vermeiden,
   - bis 2014 das Haushaltsdefizit auf 20 Mio. Euro zu verringern und
   - bis 2020 einen ausgeglichen Haushalt für die Stadt Münster zu erreichen.

   Die mit der Vorlage V/0315/2012 („Aktuelle Haushaltsentwicklung 2012 – Perspektiven für den Haushaltsplan 2013") bereits zur Kenntnis genommene Haushaltsentwicklung und die hierzu im Rat geführte Debatte soll als Grundlage für die Weiterentwicklung des bisherigen Kurses dienen.

3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Erreichung dieser Zielsetzungen das Haushaltsvolumen
   - im Jahr 2014 um 15 Mio. Euro,
   - im Jahr 2017 um 45 Mio. Euro und
   - im Jahr 2020 um 60 Mio. Euro

   zurückzuführen ist.

4. Der in der Anlage 1 dargestellte Zwischenstand zum Konsolidierungsprozess 2011 bis 2014 wird zur Kenntnis genommen. Im Jahr 2011 sind 92 Prozent des vom Rat beschlossenen Konsolidierungsvolumens erreicht worden, bis zum Jahr 2014 verbleibt ein haushaltsrelevantes Umsetzungsdelta von rund 4,5 Mio. Euro. Dieser Betrag wurde in die neuen Zielbeträge (siehe Beschlusspunkt 3) übernommen und soll mit den inhaltlichen Ansätzen der bisherigen Konsolidierung realisiert werden.

Langfristiges Handlungsprogramm

5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung ein umfassendes Handlungsprogramm erarbeiten wird, in dessen Mittelpunkt die Darstellung von Einzelmaßnahmen zu Aufgabenwandel, Aufgabenumbruch und Aufgabenkritik stehen wird. Das Handlungsprogramm wird dem Rat in der **September-Sitzung** zeitgleich mit der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2013 vorgelegt.
6. Ungeachtet der städtischen Leitorientierungen, Ziele und Schwerpunktsetzungen wird es bei der Erarbeitung des Handlungsprogramms keine „Tabubereiche“ geben. Außerdem ist das Handlungsprogramm mit konkreten Maßnahmen und nicht mit Pauschalansätzen zu füllen.

Sofortmaßnahmen

7. Um bereits den Haushaltsplan 2013 an die Genehmigungsfähigkeit durch die Kommunalaufsicht heranzuführen, beschließt der Rat folgende **Sofortmaßnahmen**:

   7.1. **In Beschlussvorlagen** wird die Verwaltung grundsätzlich eine **Abschätzung der finanziellen Auswirkungen** im Sinne von Verbesserungen oder Verschlechterungen bzw. Haushaltsneutralität **als ersten Punkt** darlegen. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der jeweiligen Verfahrensvorlagen zu Anträgen nach § 3 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates die **Ablehnung des jeweiligen Antrages** ohne fachliche Prüfung vorzuschlagen, **wenn** der Antrag **keine Abschätzung der finanziellen Auswirkungen** im Sinne einer Haushaltsverbesserung oder -verschlechterung beinhaltet.

   7.2. Im Rahmen der Umsetzung von **Investitionsmaßnahmen** stellt die Verwaltung immer eine zweite (Planungs-)Variante („**Reduktionsvariante**“) dar, die zum Ziel hat, **20 Prozent der Kosten** gegenüber der „Normalvariante“ zu **verringern**. In diesem Zusammenhang sind die Standardveränderungen in der Vorlage darzulegen.

   7.3. Mit Blick auf Investitions- und Sanierungsmaßnahmen sind alle hierzu vorhandenen Standards und Richtlinien mit ihrer Bezugsbasis (gesetzliche Vorgaben, Münster-Standards als Ratsbeschlüsse etc.) einmal im Jahr dem betreffenden Fachausschuss sowie dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften vorzulegen. Beschlüsse mit **Abweichungen von** diesen **Standards / Richtlinien** (Unterschreiten der Standards / Richtlinien) sind – soweit nicht gesetzlich Mindestnormen verletzt werden – bis zum Erreichen eines dauerhaft ausgeglichenen Haushalts **ausdrücklich zulässig**.

   7.4. **Nach zwei Jahren Erfahrungsbetrieb** mit Entscheidungen auch auf dem Mindeststandard (unter Kenntnis der dann den Entscheidungen zu Grunde liegenden Normen und Regelungen) sind die zur Zeit existierenden **Standards / Richtlinien kritisch** im Hinblick auf eine gegebenenfalls notwendige Anpassung an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt Münster zu **überprüfen**. Ebenfalls nach zwei Jahren Erfahrungsbetrieb wird die Wirksamkeit der Darstellung von „Reduktionsvarianten“ bei Investitionsmaßnahmen überprüft.

   7.5. Das aktuelle städtische Investitionsprogramm wird grundsätzlich um zwei Jahre gestreckt (**Investitions-Moratorium**). Die Verwaltung wird beauftragt, das aktuell bis zum Jahr 2015 geltende Investitionsprogramm bis zum Jahr 2017 fortzuführen und mit dem Haushaltsplanentwurf 2013 einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die bisherigen Investitionsmaßnahmen zeitlich neu veranschlagt werden können.

7.6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass unter der Leitung des zuständigen Beigeordneten eine **Projektgruppe „Verwaltungsreform“ eingerichtet** wird, die die zuletzt eingeleiteten bzw. durchgeführten Anstrengungen zur Organisationsentwicklung, zu E-Government (u.a. Telearbeit, elektronische Akte, integrierte Fachamtsverfahren, elektronische Identität) und zur interkommunalen Zusammenarbeit intensiviert, ihre Verzahnung sicherstellt und im Sinne von Prozessoptimierung und effizienten organisatorischen Strukturen weitere konkrete Umsetzungsvorschläge erarbeitet.

7.7. Der Rat nimmt die in der Anlage 2 aufgeführten, **haushaltsentlastend wirkenden Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt** zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, neben den Vorschlägen aus der Bestenliste, die den politischen Gremien ohnehin vorgelegt werden, auch eine Kurzeinschätzung zu den in der Anlage 2 genannten Vorschlägen vorzunehmen und diese dem für die September-Sitzung vorgesehenen Haushaltskonzept beizufügen.

Begründung:

Zu Beschlusspunkt 1: Ausgangslage

„Münster ist geschichtsbewusst, modern, innovativ, konservativ, bürgerlich, subkulturell und – natürlich stur. Münster ist eben Münster. Denkt jeder, schreibt jeder, weiß jeder. Stimmt aber nicht.

Denn jeder, der mit offenen Augen durch Münster geht, sich mit den Bürgern der Stadt unterhält, stellt eines fest: Es gibt das eine Münster nicht, es gibt „viele Münster“. Viele Menschen, viele Meinungen, viele Lebensentwürfe. Viele Stadtansichten, vielfältige Kultur.“

(Zitat aus der Bewerbung zur Kulturhauptstadt)

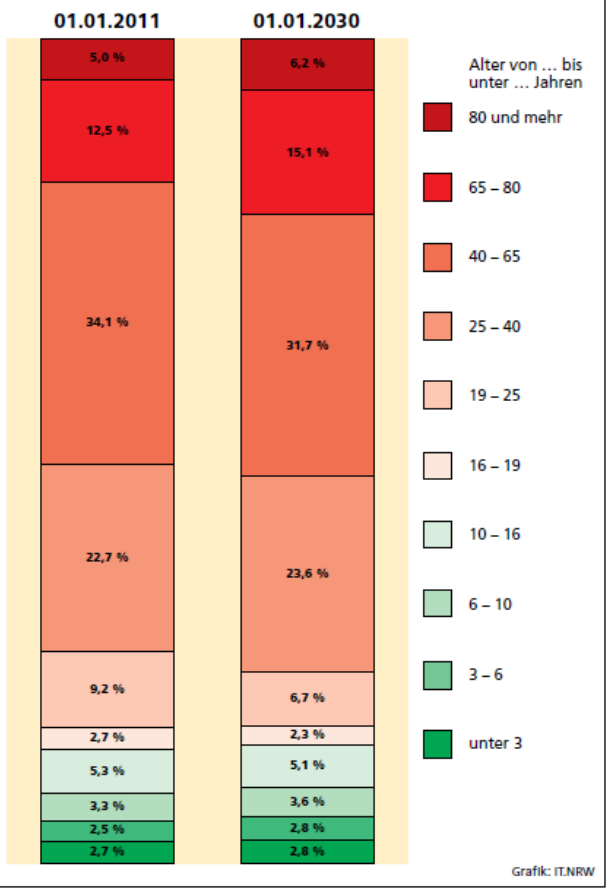
Münster hat sich in den letzten Jahren als Stadt der Wissenschaft und Lebensart auf vielfältigste Weise weiter profilieren können. Neben vielen Aspekten, die Münster in der Außensicht interessanter machen, hat sich aber auch bezogen auf die Innensicht die Lebens- und Wohnqualität für die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Münster verbessert.

Münster ist eine Stadt, in der Viele gern leben und arbeiten. Weist doch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigen mit 143.743 (Stand Juni 2011) über die letzen Jahre eine stetig steigende Tendenz auf. Vor 5 Jahren waren insgesamt noch rund 13.000 Personen weniger verzeichnet. Das Wachstum trifft mit 9.205 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch und gerade für Personen zu, die jünger als 25 Jahre sind.

Münster ist und bleibt auch eine wachsende Stadt. Dies hat die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung des Landesbetriebs Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) von Juni 2012 bestätigt: Bis zum Jahr 2030 kann die Stadt Münster mit dem höchsten Zuwachs der Bevölkerungszahl aller kreisfreien Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen rechnen (+ 16,8 Prozent).

Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2011 bis 2030*) nach Altersgruppen: Stadt Münster

Alter von ... bis unter ... Jahren	01.01.2011	01.01.2030	Veränderung vom 01.01.2011 bis 01.01.2030
unter 3	7 600	9 200	+20,8 %
3 – 6	7 000	9 100	+29,8 %
6 – 10	9 200	11 900	+28,7 %
10 – 16	14 900	16 500	+10,9 %
16 – 19	7 600	7 600	+0,4 %
19 – 25	25 600	22 000	–14,0 %
25 – 40	63 500	77 200	+21,6 %
40 – 65	95 300	103 700	+8,8 %
65 – 80	35 000	49 500	+41,5 %
80 und mehr	14 100	20 200	+42,9 %
insgesamt	**279 800**	**326 900**	**+16,8 %**



*) Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung 2011 bis 2030/2050

Grafik: IT.NRW

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), im Internet abrufbar unter: http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2012/pdf/112_12.pdf

Das unterstreicht auch die enormen Anstrengungen, die die Stadt beispielsweise im Bereich der Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien in den letzten Jahren unternommen hat. Die Entwicklung macht die nachstehende Übersicht deutlich:

	2009	2010	2011
Tagesbetreuung für Kinder			
Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflege	9.058	9.226	9.405
Versorgungsquote für unter dreijährige Kinder	25,0 %	29,8 %	31,3 %
Versorgungsquote für drei- bis sechsjährige Kinder	104,2 %	101,5 %	100,4 %
Anzahl Familienzentren	22	24	24
Offene Ganztagsgrundschule			
Teilnehmer/-innen	2.503	2.777	3.159
Kinder- und Jugendeinrichtungen			
Anzahl	39	41	43

Quelle: Geschäftsbericht 2011, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien

An den Schulen dieser Stadt wurden bei 19 Schulen an 14 Schulstandorten im Rahmen des 1000-Schulen-Programms Räume für Aufenthalts- und Verpflegungsmöglichkeiten in der Mittagspause geschaffen. Im Bereich des Sports wurden (in den letzen 3 Jahren) zwei neue Sporthallen errichtet und im Rahmen der Sicherheit wurden bei der Feuerwehr mehrere Feuerwehrgerätehäuser saniert bzw. neu gebaut, und in Hiltrup wurde die provisorische Feuer- und Rettungswache 3 eingerichtet.

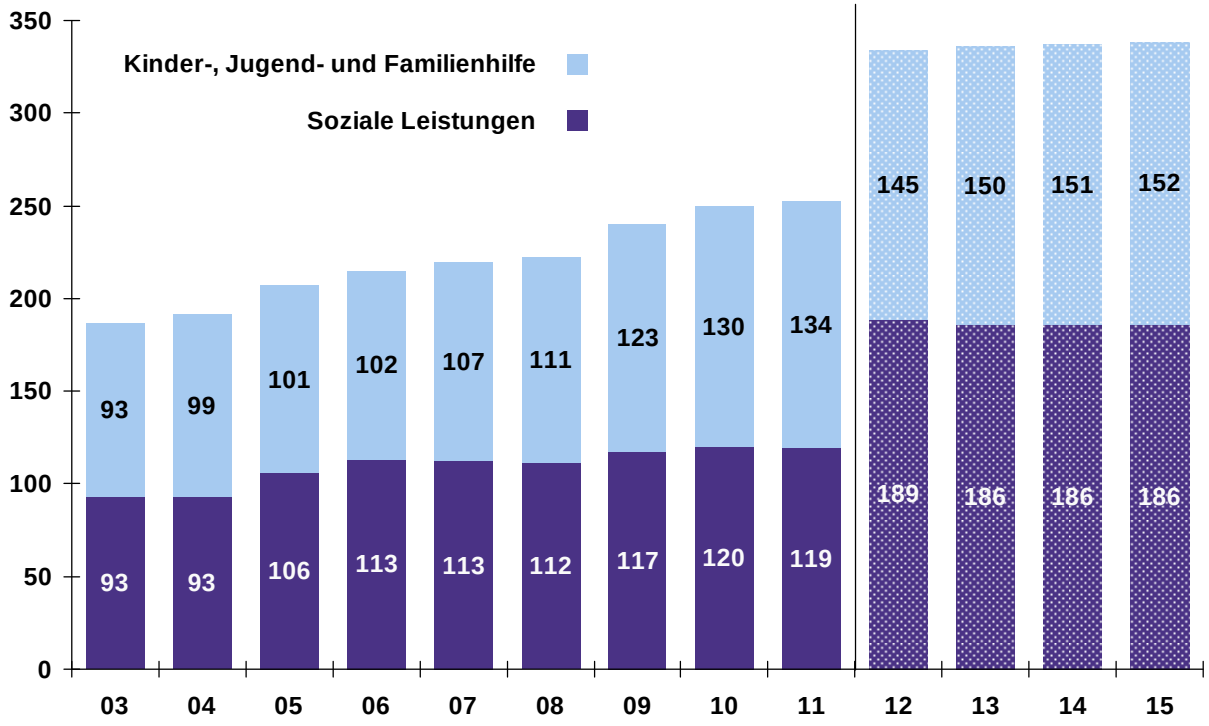
Neben all diesen Investitionen bietet die Stadtverwaltung mit rund 200 Produkten für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dienstleistungen in den verschiedensten Formen in 17 Produktbereichen an. Neben den bereits dargestellten Leistungen erbringt die Stadtverwaltung aber auch Leistungen für viele Bürgerinnen und Bürger, die städtischer sozialer Unterstützung bedürfen, wie z.B.

- 8.405 Arbeitslose , davon 2.436 Langzeitarbeitslose (Stand 15.12.2011)
- 19.355 Personen in 10.166 Bedarfsgemeinschaften (Stand: 31.12.2011).

Positiv hervorzuheben ist mit Blick auf den städtischen Haushalt, dass die Stadt Münster bislang erfolgreich die bereits mehrfach drohende Haushaltssicherung hat abwehren können. Damit ist Münster neben Düsseldorf die einzige kreisfreie Stadt in Nordrhein-Westfalen, die ihren städtischen Haushalt vollständig allein verantworten kann und darf.

Allerdings sind die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch in Münster immer schwieriger geworden: Gerade die starken Anstiege der Aufwendungen in den Bereichen ‚Soziale Leistungen' und ‚Kinder-, Jugend- und Familienhilfe machen deutlich, dass sich in den zurück liegenden Jahren ein nachhaltiger Aufgabenumbruch auf der kommunalen Ebene vollzogen hat, ohne dass sich die Finanzlage aufgrund dieser neuen Aufgaben auskömmlich gestaltet hat.

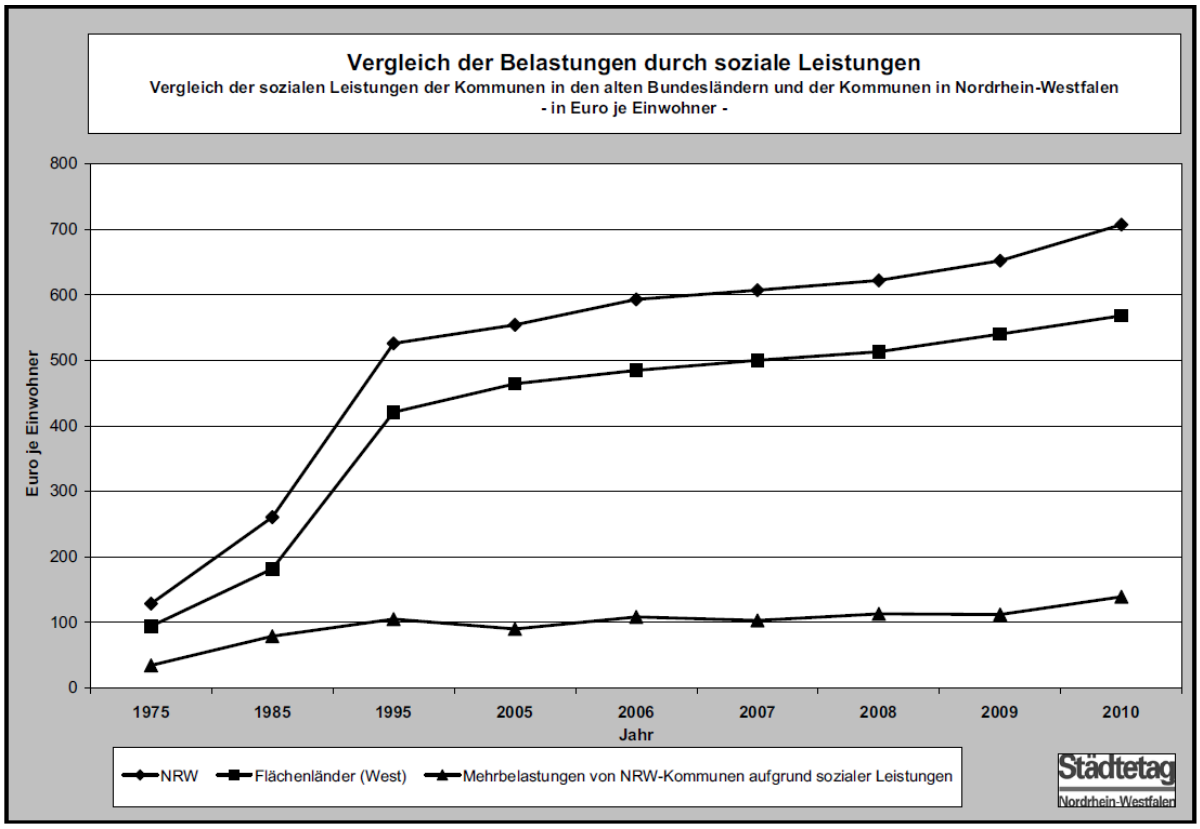
Aufwendungen für Soziale Leistungen und für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe*



* bis einschl. 2007 Ausgaben des Sozialamtes bzw. des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien

Hinweis: Teile der hier dargestellten Aufwendungen sind durch Erträge gedeckt, so z. B. weitgehend der Bereich des Jobcenters. Der deutliche „Sprung" zwischen 2011 und 2012 ist auf die Übernahme der alleinigen Trägerschaft für das Jobcenter Münster zurückzuführen.

Die Erfahrung in Münster deckt sich im Übrigen mit der Entwicklung in anderen Städten, wie der Gemeindefinanzbericht 2011 des Städtetags Nordrhein-Westfalen belegt:

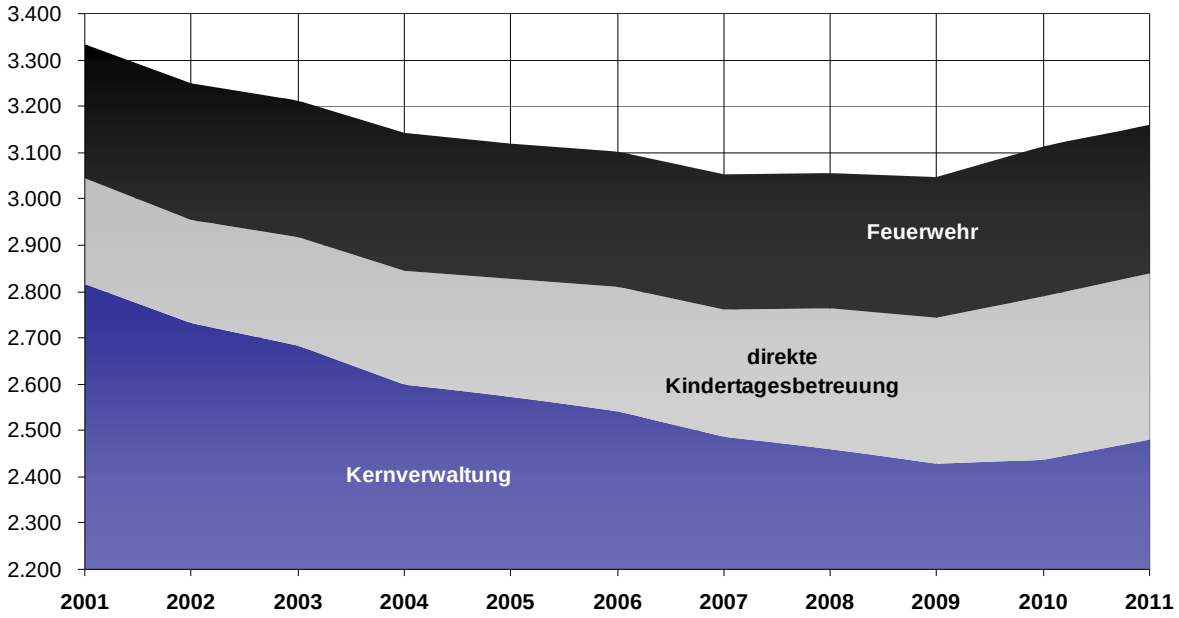


Quelle: Gemeindefinanzbericht 2011 des Städtetages Nordrhein-Westfalen

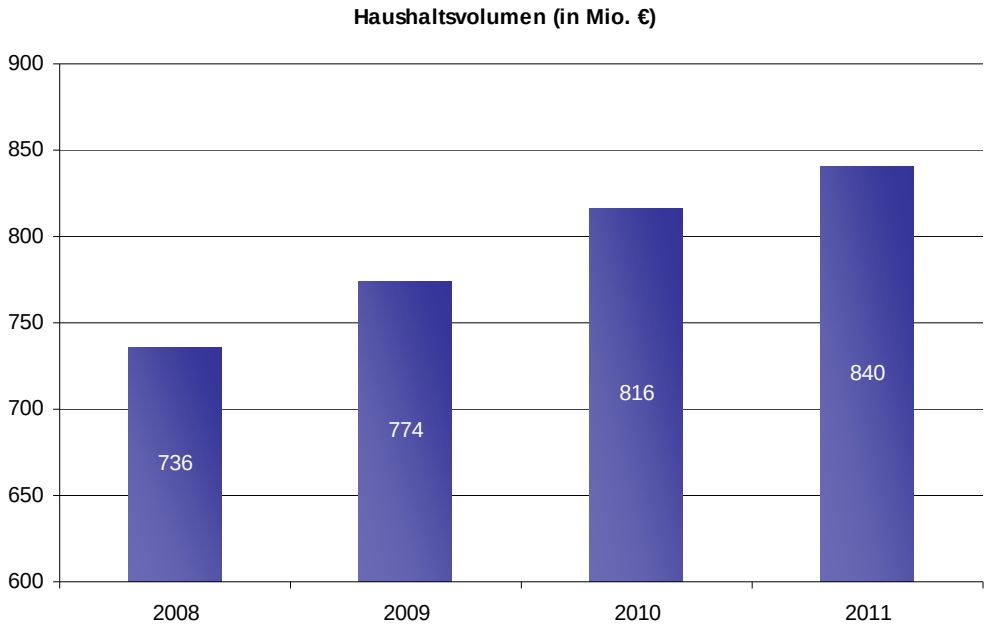
Aus der Darstellung wird auch deutlich, dass die Städte in Nordrhein-Westfalen gegenüber den Städten in anderen westdeutschen Bundesländern (Flächenländer) im Bereich der sozialen Leistungen höhere Belastungen haben. Die Mehrbelastungen summieren sich auf etwa 140 Euro je Einwohner.

Materiell bedeutet dies auch, dass durch die Übertragung von Aufgaben des Bundes und Landes auf die Kommunen bei Verletzung des Konnexitätsgrundsatzes das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen eingeschränkt bzw. ausgehöhlt wird. Die gerade in der jüngsten Zeit vor dem Verfassungsgerichtshof NRW geführten Beschwerden wie z. B. gegen das Kinderförderungsgesetz, das Einheitslastenabrechnungsgesetz und das Gemeindefinanzierungsgesetz mögen dies belegen.

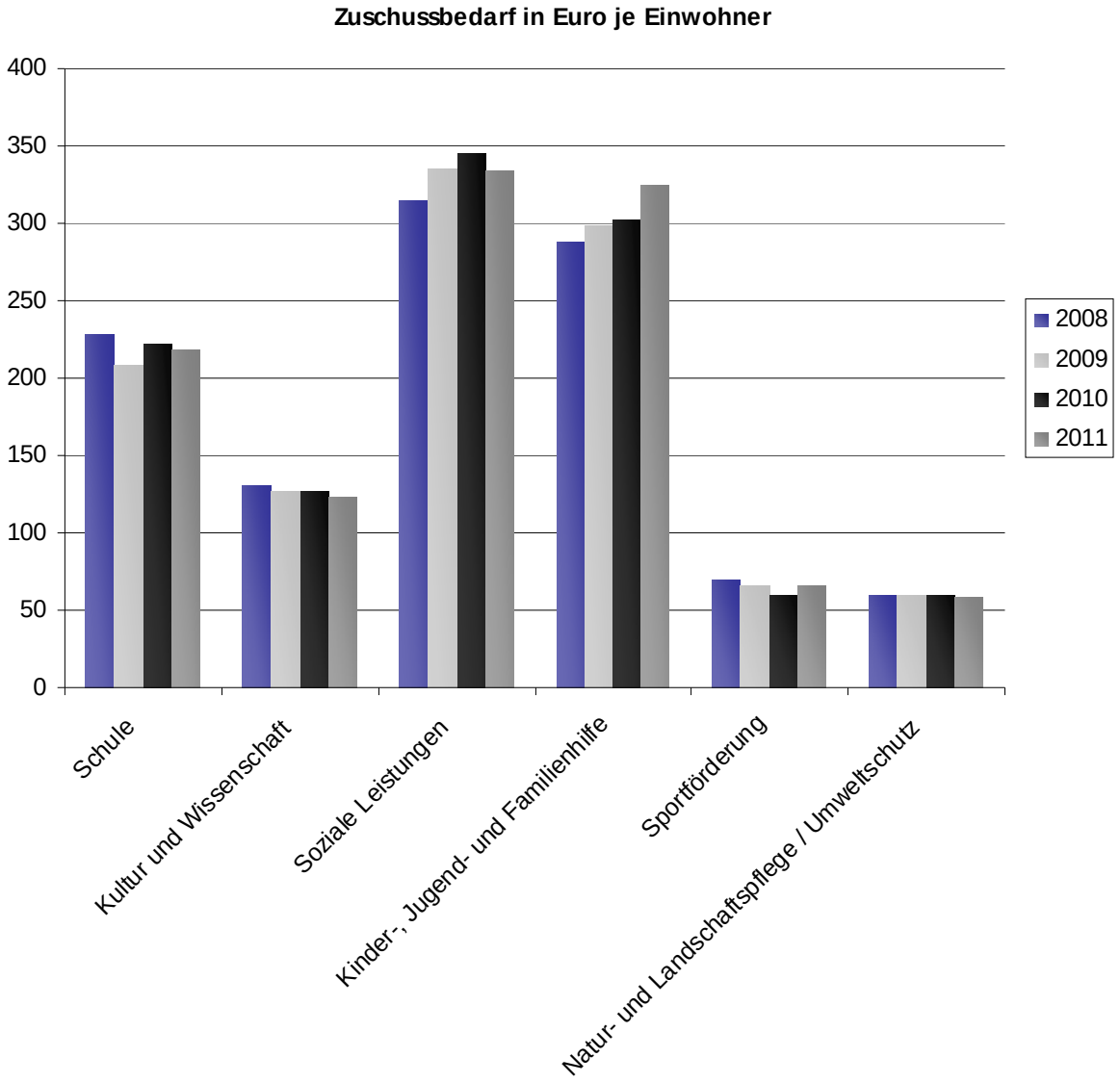
Und dies in einer Situation, wo der Dienstleistungsanspruch nicht zurückgefahren wird, sondern wo stattdessen mehr von der Stadt Münster als Dienstleistungseinrichtung gefordert wird. In den vergangenen Jahren konnten diese Dienstleistungen erbracht werden, in dem ein ständiger Leistungsoptimierungs- und Konsolidierungsprozess erfolgte. So sind in den letzten drei Konsolidierungsrunden rund 80 Mio. € konsolidiert worden und 489,75 Stellen brutto bei ursprünglich vorhandenen 3.334,28 Stellen (2001) eingespart worden, während bedingt durch neue Aufgaben 344,35 Stellen neu geschaffen wurden. Dies sei mit der nachfolgenden Grafik exemplarisch dargestellt:



Das städtische Haushaltsvolumen ist in den letzten Jahren in den Haushaltsplänen wie folgt angewachsen:



Betrachtet man ausgewählte Bereiche des Haushalts, stellt man unterschiedliche Entwicklungen fest: Während einige Bereiche einen nahezu konstanten Zuschussbedarf – bezogen auf die Einwohnerzahl – hatten, ist der Zuschussbedarf in anderen Bereichen kontinuierlich angestiegen.



Hinweis: In den Jahren 2008 bis 2010 sind die Rechnungsergebnisse zugrunde gelegt, im Jahr 2011 die Planwerte gemäß Haushaltsplan.

Erfreulicherweise konnte auch die Ertragsseite des Haushalts bedingt durch Anhebungen der Hebesätze wie auch aufgrund der guten wirtschaftlichen Konjunktur gesteigert werden, so dass in den letzen Jahren Spitzenergebnisse sowohl absolut für die Stadt Münster wie auch im Vergleich zu anderen Städten erreicht wurden. An der finanziellen Situation der Stadt Münster kann also nicht vorrangig beklagt werden, dass zu wenig Geld vorhanden sei.

Vielmehr weist die Ausgangslage auf einen laufend zu hohen Konsum, auf ein zu hohes Anspruchsniveau von öffentlicher Dienstleistung hin (teilweise extern verursacht, z. B. durch Bund oder Land NRW), das zu dauerdefizitären Haushalten mit strukturellen Defiziten führt. In den Jahren 2012 bis 2016 ergibt sich aus heutiger Sicht voraussichtlich ein durchschnittliches Defizit von rund 37 Mio. Euro.

Hierzu schlägt die Stadtverwaltung vor, eine Weiterentwicklung des bisherigen Kurses von Politik und Verwaltung hin zu einer dauerhaft nachhaltigen Kommunalpolitik im Sinne von „Zukunft und Zusammenhalt“ vorzunehmen und mit den vorhandenen Finanzmitteln für die Bürgerinnen und

Bürger die bestmöglichen städtischen Leistungen anzubieten. Diese Weiterentwicklung ist als Prozess zu verstehen, bei dem der kommunale Leistungsumfang und die damit einher gehende Zahlungsbereitschaft bzw. Zahlungsverpflichtung bestimmt wird.

Zu Beschlusspunkt 2: Zielsetzungen

Mit der Vorlage V/0743/2009 hat der Rat der Stadt Münster am 09.12.2009 unter anderem Folgendes beschlossen:

„3. Der Rat nimmt das Erfordernis zu weiteren Konsolidierungsschritten in den Jahren 2011 bis 2013 zur Vermeidung der Haushaltssicherung zur Kenntnis. Angestrebt wird, das Defizit bis zum Jahr 2014 auf maximal 20 Mio. Euro zu begrenzen.

4. Rat und Verwaltung bekunden ihren festen Willen, eine Haushaltssicherung zu vermeiden. Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage und im Bewusstsein der Verantwortung für einen generationengerechten Ressourcenverbrauch wird der Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits als vorrangige Aufgabe von Rat und Verwaltung anerkannt.

4.5 Spätestens im Jahr 2020 decken die Erträge alle Aufwendungen im städtischen Haushalt.“

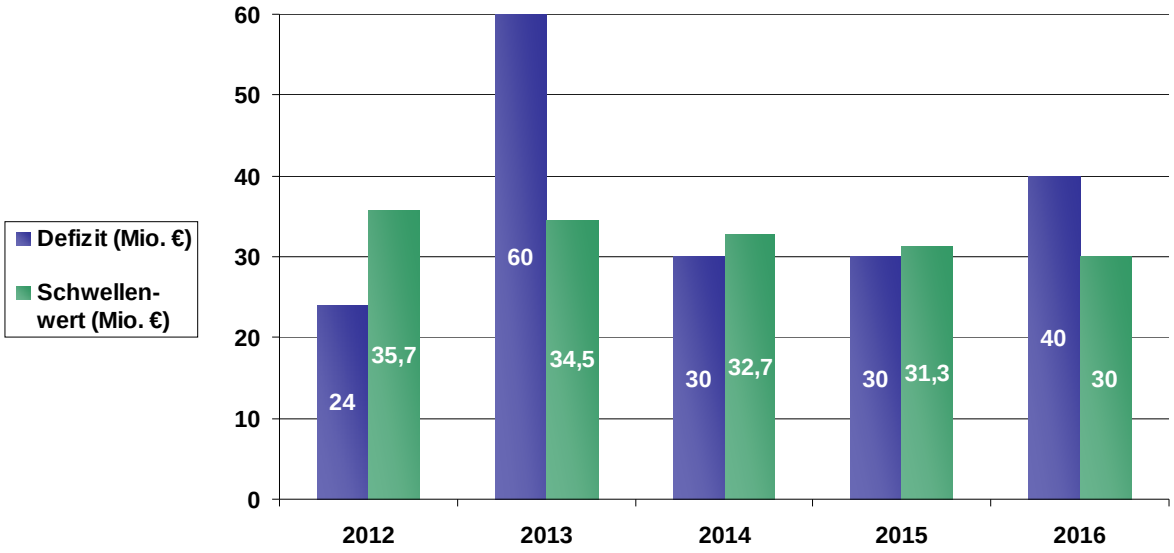
Mit der aktuellen Vorlage sollen die seinerzeit formulierten Zielsetzungen nochmals bekräftigt werden, nämlich

- die Haushaltssicherung zu vermeiden,
- bis 2014 das Haushaltsdefizit auf 20 Mio. Euro zu verringern und
- bis 2020 einen ausgeglichen Haushalt für die Stadt Münster zu erreichen.

Für die Erreichung der ersten Zielsetzung (Haushaltssicherung vermeiden) ist die sogenannte allgemeine Rücklage in den Blick zu nehmen. Die allgemeine Rücklage ist eine Bilanzposition, die bei einem unausgeglichenen Haushalt für einen „fiktiven“ Haushaltsausgleich heranzuziehen ist, wenn die Ausgleichsrücklage bereits verbraucht ist. Bereits für das Haushaltsjahr 2012 ist eine Verringerung der allgemeinen Rücklage vorgesehen, ebenso in den nachfolgenden Jahren. Bei der Verringerung der allgemeinen Rücklage ist Folgendes zu berücksichtigen:

Erstens darf die allgemeine Rücklage in einem Jahr nicht mehr als 25 Prozent in Anspruch genommen werden, zweitens darf der Planansatz der allgemeinen Rücklage in zwei aufeinander folgenden Jahren nicht um mehr als 5 Prozent verringert werden und drittens darf die allgemeine Rücklage innerhalb der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung nicht aufgebraucht werden. Kann eine (oder mehrere) dieser Bedingungen nicht erfüllt werden, ist unverzüglich ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Für die Stadt Münster ist insbesondere die zweite Bedingung kritisch, wie der Blick auf die geplanten Defizite und die damit einhergehende Rücklagenentnahme zeigt:



Hinweis: Bei den Defiziten der Folgejahre sind alle bekannten Entwicklungen berücksichtigt, unter anderem auch eine Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger.

Der in der Grafik dargestellte Schwellenwert entspricht einer Rücklagenentnahme in Höhe von exakt 5 Prozent der gesamten Rücklage. Im Jahr 2013 wird der Schwellenwert bereits nach jetziger Planung deutlich überschritten, ebenso im Jahr 2016. Damit wird deutlich, dass es bereits aus heutiger Sicht schwierig wird, die Haushaltsdefizite und die damit einhergehende Rücklagenentnahme ohne zusätzliche Maßnahmen so zu steuern, dass eine Haushaltssicherung (und die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes) vermieden wird.

Auch die zweite, vom Rat formulierte Zielsetzung (Defizit bis 2014 auf maximal 20 Mio. Euro begrenzen) wird aktuell ohne zusätzliche Maßnahmen noch nicht erfüllt, wie dem Diagramm oben entnommen werden kann. Während das Defizit 2012 bei voraussichtlich 24 Mio. Euro liegen wird, steigt es im Jahr 2013 auf 60 Mio. Euro an und sinkt 2014 auf 30 Mio. Euro. Damit wird die Zielzahl 2014 nach heutigem Stand um 10 Mio. Euro verfehlt.

Wirft man erneut einen Blick auf das Diagramm oben wird deutlich, dass voraussichtlich auch die dritte Zielsetzung des Rates (2020 ausgeglichener Haushalt) ohne zusätzliche Maßnahmen gefährdet ist. Während das Defizit in den Jahren 2013 bis 2015 sinkt bzw. konstant bleibt, steigt es nach bisheriger Planung im Jahr 2016 wieder an – auf dann 40 Mio. Euro. Erforderlich wäre aber ein weiterer regelmäßiger Abbau des Defizits, um spätestens im Jahr 2020 zu einem echten Haushaltsausgleich zu kommen.

Fazit: Ohne zusätzliche Maßnahmen, die das Haushaltsvolumen kontinuierlich zurückführen, sind die drei Zielsetzungen des Rates nicht zu erreichen.

Zu Beschlusspunkt 3: Kenntnisnahme des zurückzuführenden Haushaltsvolumens

Um dem Ratsauftrag zu entsprechen, ist folglich das Haushaltsvolumen so zu verändern, dass die vom Rat beschlossenen Zielsetzungen erreicht werden können. Für die Ermittlung des hierfür erforderlichen Haushaltsvolumens sind folgende Überlegungen angestellt worden: Über die Haushaltsdaten ist das jährliche Defizit bislang nur bis zum Jahr 2016 bekannt. Deshalb wurde für die Zeit bis 2020 unterstellt, dass die Aufwandsseite des Haushalts ohne Konsolidierung – wie in der Vergangenheit auch – kontinuierlich anwächst (2008: 736 Mio. € / 2009: 774 Mio. € / 2010: 816 Mio. € / 2011: 840 Mio. €). Gleichzeitig unterliegt die Ertragsseite des Haushalts deutlichen Schwankungen, so dass sich ohne Veränderung des Haushaltsvolumens die Schere zwischen Aufwand und Ertrag voraussichtlich noch weiter öffnet. Dies ist eine wesentliche neue Erkenntnis.

Während bislang bei sehr langfristigen Prognosen unterstellt wurde, dass sich das Delta aus Aufwand und Ertrag nicht wesentlich verändert, legen die Rechnungsergebnisse seit Umstellung auf das ‚Neue Kommunale Finanzmanagement' im Jahr 2008 einen anderen Schluss nahe.

Hierzu einige Beispiele: Während auf der Aufwandsseite regelmäßig ein „Inflationsausgleich" vorgenommen wird (etwa durch Tarifsteigerungen, durch Nachverhandlungen mit freien Trägern, durch Energiepreissteigerungen, durch Baukostensteigerungen etc.), ist dies – jedenfalls auf kommunaler Ebene – auf der Ertragsseite nur sehr bedingt möglich. Einzig bei den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer ist ein „Inflationsausgleich" bereits eingeschlossen, weshalb diese Haushaltsansätze auch (außerhalb von Rezessionszeiten) regelmäßig mit Steigerungen versehen werden können. Bei anderen wesentlichen Ertragspositionen des städtischen Haushalts ist ein „Inflationsausgleich" nicht automatisch vorgesehen, so etwa bei der Gewerbesteuer oder der Grundsteuer.

Neben der Veränderung der Haushaltsansätze durch die Preisentwicklung spielen gesetzliche Veränderungen eine nicht zu unterschätzende Rolle. In aller Regel handelt es sich hierbei um Veränderungen, die zu einem Mehraufwand führen (zum Beispiel, weil Leistungsgesetze verbessert werden), ohne dass den Kommunen hierfür ein finanzieller Ausgleich gewährt wird. Zwar wird in diesem Zusammenhang gerne auf die vorhandenen Konnexitätsgesetze („Wer bestellt, muss auch bezahlen.") verwiesen, jedoch wirken diese nur auf neue Aufgaben und nicht auf die Veränderung bestehender Aufgaben. Hinzu kommt, dass sich bei bundesgesetzlichen Regelungen in der Regel nur Bund und Länder einigen müssen, während die Kommunen keine rechtlich garantierten Mitspracherechte besitzen. Kurzum: Auch hier öffnet sich die Schere zwischen Aufwand und Ertrag regelmäßig weiter.

Drittes Beispiel: Während früher häufig unterstellt wurde, dass sich im Sozial- und Jugendhilfebereich die Fallzahlenentwicklung mit der wirtschaftlichen Entwicklung verändert, sprechen die tatsächlichen Zahlen eine andere Sprache: Selbst bei guter konjunktureller Lage steigen einige Fallzahlen kontinuierlich weiter. Exemplarisch lässt sich das an der Entwicklung der Zahl der Leistungsberechtigten im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei dauerhaft voller Erwerbsminderung nachvollziehen:

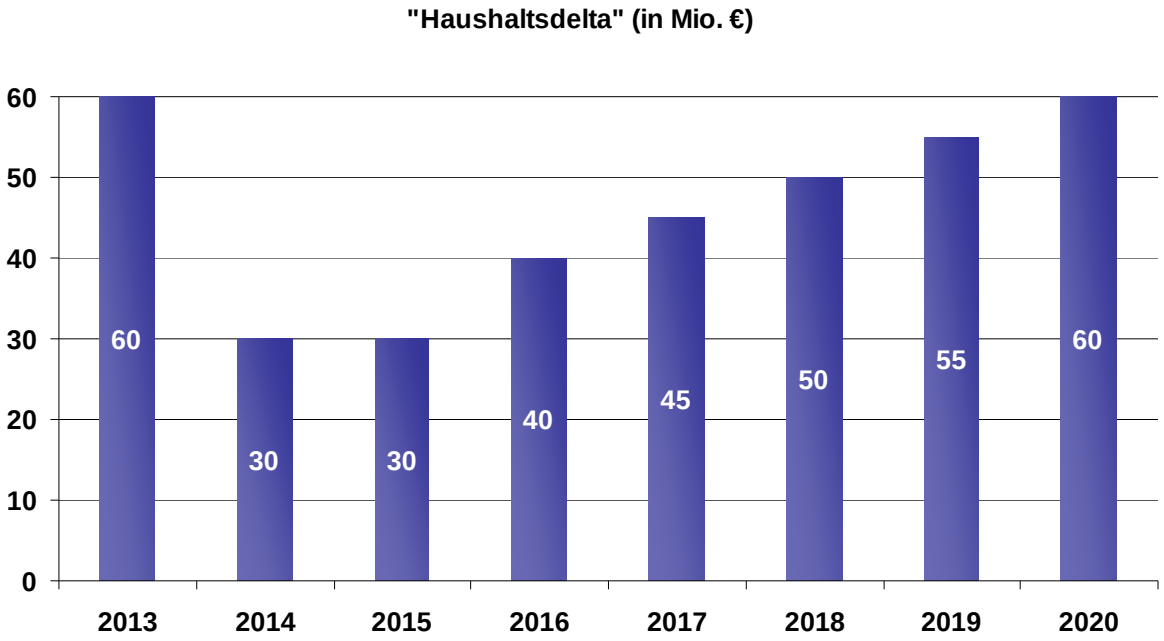
Stichtag	Gesamtzahl der Personen	davon Personen über 65 Jahre	davon Personen 18 bis 65 Jahre und voll erwerbsgemindert
31.12.2004	1.860	1.172	688
31.12.2005	2.005	1.211	794
31.12.2006	2.173	1.298	875
31.12.2007	2.344	1,373	971
31.12.2008	2.447	1.424	1.023
31.12.2009	2.552	1.449	1.103
31.12.2010	2.686	1.519	1.167
31.12.2011	2.854	1.590	1.264

Quelle: Geschäftsbericht des Sozialamtes 2011, Seite 17.

Insbesondere die Tatsache, dass auch die Zahl der jüngeren Menschen ansteigt, die dauerhaft auf die Leistungen angewiesen sind, macht deutlich, dass hier nicht allein demografische Aspekte und auch nicht die wirtschaftliche Entwicklung als erklärende Größen angeführt werden können.

Vor diesem Hintergrund hat die Stadtverwaltung versucht, über die großen Haushaltspositionen (Personal, Soziales, Jugendhilfe, Steuern etc.), das jährlich anwachsende Delta zwischen Aufwand und Ertrag annähernd zu ermitteln. Die Prognose hat zu dem Ergebnis geführt, dass mit einem jährlich um 5 Mio. Euro wachsenden Defizit gerechnet werden muss.

Legt man dieses Zwischenergebnis zugrunde und schlägt ab dem Jahr 2016 jährlich diese 5 Mio. Euro auf das vorhandene Defizit auf, wird das Haushaltsvolumen deutlich, das es zurückzuführen gilt:



Hinweis: Die Werte sind zum Teil gerundet.

Konkret sollen folgende Zielzahlen für die Zurückführung des Haushaltsvolumens ins Auge gefasst werden:

2014: 15 Mio. Euro

2017: 45 Mio. Euro

2020: 60 Mio. Euro.

Mit diesen Zielzahlen ließen sich alle drei vom Rat formulieren Zielsetzungen erreichen. Die Zielzahl 2017 (45 Mio. Euro) wurde auch deshalb gewählt, um die kontinuierliche Zurückführung des Haushaltsvolumens bis 2017 auch tatsächlich erreichen zu können.

Es sei an dieser Stelle aber auch deutlich darauf hingewiesen, dass bestimmte Risikopositionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht kalkulierbar sind. So ist die Frage, ob die Stadt Münster zukünftig eine sogenannte Abundanzumlage an das Land NRW bzw. andere Städte und Gemeinden in NRW zahlen muss, noch offen. Spätestens mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 wird hierüber Klarheit herrschen. Auch die Höhe zukünftiger Tarifabschlüsse kann aktuell nur geschätzt, aber nicht verlässlich berechnet werden. Schließlich wird die Entwicklung der kommunalen Finanzen auch maßgeblich von der konjunkturellen Entwicklung bestimmt. Sollte es in den kommenden Jahren zu einer konjunkturellen Abkühlung kommen, wären hiervon verschiedene Haushaltspositionen negativ betroffen.

Zu Beschlusspunkt 4: Konsolidierungsprogramm 2011 bis 2014

Die Anlage 1 gibt den aktuellen Umsetzungsstand der im Dezember 2010 beschlossenen Haushaltskonsolidierung wieder. Wie in vorherigen Konsolidierungsrunden auch konnte zwar der weitaus überwiegende Teil der Sparvorgaben bzw. -maßnahmen umgesetzt werden. Ein bislang nicht umsetzbarer Teil ist offen. Er wird jedoch sukzessive abgearbeitet (siehe Beschlusspunkt 7.6 und Begründungstext hierzu).

Zu Beschlusspunkt 5: Langfristiges Handlungsprogramm

Mit der Darstellung der Ausgangslage (siehe oben) wird deutlich, dass nur ein langfristig angelegtes Haushalts- und Zukunftskonzept sowie die Weiterentwicklung des Programms „Zukunft und Zusammenhalt“ dazu geeignet sind, die vom Rat beschlossenen Zielsetzungen zu erreichen.

Entweder gilt es, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung das Haushaltsvolumen wieder etwas zurückzuführen, um wieder „Luft zum Atmen“ zu bekommen, oder die Stadt Münster muss sich zukünftig damit abfinden, zur großen Zahl von Haushaltssicherungskommunen in Nordrhein-Westfalen zu gehören. Die Wirkung einer Haushaltssicherung ist bereits im Zuge der letzten Haushaltskonsolidierung mit der Vorlage V/0743/2009 ausführlich beschrieben worden.

Die Stadtverwaltung ist für den erstgenannten Weg bereit und wird dem Rat der Stadt Münster in der September-Sitzung deshalb ein umfassendes Handlungsprogramm vorlegen, in dessen Mittelpunkt die Darstellung von Einzelmaßnahmen zu Aufgabenwandel, Aufgabenumbruch und Aufgabenkritik stehen wird.

Bis zur September-Sitzung wird die Verwaltung dazu einen Prozess der Aufgaben- und Leistungsanalyse durchlaufen, der sämtliche Bereiche der Stadtverwaltung umfassen wird. Es ist geplant, das Handlungsprogramm mit Einzelmaßnahmen in der September-Sitzungskette einzubringen, damit den politischen Gremien und der Bürgerschaft anschließend die Möglichkeit eröffnet wird, das Handlungsprogramm ausgiebig zu erörtern.

Zu Beschlusspunkt 6: keine „Tabubereiche“ / keine Pauschalansätze

Mit jeder Haushaltsaufstellung erfolgt eine verwaltungsseitige und mit jedem Haushaltsbeschluss eine politische Schwerpunktsetzung. Auch bei der Haushaltskonsolidierung in den Jahren 2007 bis 2010 haben verschiedene Bereiche ein höheres Konsolidierungsvolumen erbringen müssen als andere.

Ungeachtet der städtischen Leitorientierungen, Zielsetzungen und Schwerpunkte schlägt die Verwaltung als Maxime für das aktuelle Handlungsprogramm (wie bei der Konsolidierung 2011 bis 2014) vor, bei der Aufstellung des Programms keine „Tabubereiche“ zu benennen.

Damit sind alle Ämter, eigenbetriebsähnliche Einrichtungen und die Gesellschaften im „Konzern Stadt Münster“ aufgefordert, zum Handlungsprogramm ihren Beitrag zu leisten.

Die letzte Konsolidierung hat gezeigt, dass die Umsetzung von Pauschalansätzen teilweise nur sehr schwer möglich ist. Deshalb sollte das Handlungsprogramm mit konkreten Maßnahmen und nicht mit Pauschalansätzen gefüllt werden (siehe oben Begründung zu Beschlusspunkt 4 und unten Begründung zu Beschlusspunkt 7.6).

Zu Beschlusspunkt 7.1: Abschätzung der Kosten in Vorlagen und Anträgen

In der Vergangenheit ist der Aspekt der haushalterischen Folgen bei Vorlagen und politischen Initiativen nicht immer ausreichend verdeutlicht worden.

Deshalb schlägt die Verwaltung vor, in Beschlussvorlagen der Verwaltung als ersten Punkt eine Abschätzung der Kosten bzw. Folgekosten im Sinne von Verbesserungen oder Verschlechterungen bzw. Haushaltsneutralität darzulegen. Nur in Kenntnis dieser Aussagen sind politische Entscheidungen zu treffen.

Auch bei der Behandlung von politischen Anträgen schlägt die Verwaltung eine Veränderung der Vorgehensweise vor, wenn die Anträge keine Darstellung der finanziellen Auswirkungen beinhalten. In diesem Fall wäre im Rahmen der zu erstellenden Verfahrensvorlagen zu Anträgen nach § 3 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates die Ablehnung des jeweiligen Antrages ohne fachliche Prüfung seitens der Verwaltung vorzuschlagen.

Zu Beschlusspunkt 7.2: Reduktionsvariante bei Investitionsmaßnahmen

Bei der Planung und Durchführung von Investitionsmaßnahmen werden Aspekte der Flächeneffizienz, der Bau- und Ausstattungsstandards noch nicht immer durchgängig kritisch beleuchtet. Die Sicht der zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer dominiert ganz wesentlich die Planungs- und Bauprozesse, während die Eigentümersicht der Stadt dabei manchmal aus dem Blick gerät.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die vom Rat im März 2012 beschlossene Vorlage V/0176/2011/1 (Strategisches Flächenmanagement: Zwischenbericht unter Berücksichtigung der Handlungsempfehlungen des Gutachtens Deloitte und Einführung eines Flächenplanes als Anlage zum Haushaltsplan) hingewiesen. Der Rat hat damit seinen Willen nach einer kontinuierlichen Entwicklung eines strategischen Flächenmanagements offen gelegt.

Dazu gehören aus Sicht der Verwaltung auch Planungsüberlegungen bei Investitionsmaßnahmen. Erst jüngst ist in diesem Zusammenhang bemängelt worden, dass für die politischen Gremien zu wenig Spielraum bei der Entscheidung über Investitionsmaßnahmen bestünde, insbesondere was die Höhe des zur Verfügung stehenden Budgets für die Maßnahme angeht.

Deshalb schlägt die Verwaltung folgendes neues Vorgehen vor: Im Rahmen der Umsetzung von Investitionsmaßnahmen stellt die Verwaltung immer eine zweite (Planungs-)Variante („Reduktionsvariante“) dar, die zum Ziel hat, 20 Prozent der Kosten gegenüber der „Normalvariante“ zu reduzieren. In diesem Zusammenhang werden dann auch die Standardveränderungen in der Vorlage dargelegt.

Zu Beschlusspunkt 7.3: Prüfung von Standards und Richtlinien

Die Stadtverwaltung schlägt vor, mit Blick auf Investitions- und Sanierungsmaßnahmen alle hierzu vorhandenen Standards und Richtlinien mit ihrer Bezugsbasis (gesetzliche Vorgaben, Münster-Standards als Ratsbeschlüsse etc.) einmal im Jahr dem betreffenden Fachausschuss sowie dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften vorzulegen.

Beschlüsse mit Abweichungen von diesen Standards / Richtlinien (Unterschreiten der Standards / Richtlinien) sind – soweit nicht gesetzliche Mindestnormen verletzt werden – bis zum Erreichen eines dauerhaft ausgeglichenen Haushalts ausdrücklich zulässig.

Zu Beschlusspunkt 7.4: Überprüfung nach zweijährigem Erfahrungsbetrieb

Um die Wirksamkeit der Beschlusspunkt 7.2 und 7.3 überprüfen zu können, schlägt die Stadtverwaltung vor, nach zwei Jahren Erfahrungsbetrieb mit Entscheidungen auch auf dem Mindeststandard (unter Kenntnis der dann den Entscheidungen zu Grunde liegenden Normen und Regelungen) die zur Zeit existierenden Standards / Richtlinien kritisch im Hinblick auf eine gegebenenfalls notwendige Anpassung an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt Münster zu überprüfen.

Ebenfalls nach zwei Jahren Erfahrungsbetrieb soll die Wirksamkeit der Darstellung von „Reduktionsvarianten“ bei Investitionsmaßnahmen überprüft werden.

Zu Beschlusspunkt 7.5: Investitions-Moratorium

Das Investitionsprogramm soll in denn nächsten Jahren deutlich zurückgefahren werden. Dies ist nach den hohen Investitionen der vergangenen Jahre im Rahmen des städtischen Konjunkturprogramms und des Konjunkturprogramms des Bundes (KP II) durchaus vertretbar. Es ist vorgesehen, das zurzeit in der Finanzplanung des beschlossenen Haushaltsplans 2012 ausgewiesene Gesamtinvestitionsvolumen in den Jahren 2013 bis 2015 von rd. 207 Mio. € auf die Jahre 2013 bis 2017 zu verteilen. Hierdurch ergibt sich zumindest ein haushaltswirksamer Einspareffekt bei den Abschreibungen und den Zinsaufwendungen für die Kredite zur Investitionsfinanzierung (rd. 50 % des Investitionsvolumens muss über Kredite finanziert werden). Die konkreten Einspareffekte kön-

nen erst nach der endgültigen Zuordnung der Investitionsausgaben auf die Jahre 2013 bis 2017 ermittelt werden. Inwieweit darüber hinaus Einspareffekte im Personal- und Sachkostenbereich erzielt werden können, kann zurzeit nicht eingeschätzt werden.

Zu Beschlusspunkt 7.6: Projektgruppe „Verwaltungsreform“

Der Rat hat im Dezember 2010 Beschlüsse zur Konsolidierung der städtischen Finanzen gefasst. In der sog. Säule 1 der Konsolidierung sind Ansätze zur „Organisationsentwicklung der Verwaltung“ enthalten. Die Ansätze bezogen sich auf

I. Optimierung der städtischen Verwaltungsprozesse vor allem im Kontext mit der Einführung von eGovernment und IT-gestützter Workflow-Systeme

II. Verringerung der Zahl der Organisationseinheiten und Optimierung der vorhandenen Führungsspannen

III. Analyse vorhandener und zielgerichtete Förderungen neuer Denkweisen (Verwaltungskultur)

IV. Verstärkte Nutzung interkommunaler Zusammenarbeit in der Region

V. Nutzung von Synergien im „Konzern Stadt Münster“

In der Anlage 1 zu dieser Vorlage ist der aktuelle Stand der bisherigen Haushaltskonsolidierung dargestellt. Bezüglich der Säule 1 zeigt sich, dass der Zeitbedarf für die zum Teil sehr weit reichenden Entwicklungsansätze unterschätzt wurde. Konsolidierungserfolge durch die Optimierung von Geschäftsprozessen, E-Government und die Weiterentwicklung der Organisation hängen u.a. von tiefgehender Analyse, technologischen Entwicklungen, Personalfluktuation oder voraussetzungsvollen Kooperationsentwicklungen ab, d.h. sie müssen in der Regel aufwendig erarbeitet werden. Zudem sind Konsolidierungserfolge nicht immer trennscharf zugrunde liegenden Organisationsmaßnahmen zuzuordnen.

Die einzusetzende Projektgruppe soll vor diesem Hintergrund eine Intensivierung der Anstrengungen sicher stellen und konkrete Teilvorhaben umsetzen.

Zu Beschlusspunkt 7.7: haushaltsentlastend wirkende Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt

Erstmalig sind in diesem Jahr die Bürgerinnen und Bürger bei Abgabe eines Vorschlags zum Bürgerhaushalt gefragt worden, ob ihr Vorschlag kostenneutral ist, Geld spart oder Geld kostet.

Im Ergebnis haben die Bürgerinnen und Bürger bei den 392 Vorschlägen folgende Kategorie ausgewählt:

154 Vorschläge: Vorschlag spart Geld[1]
133 Vorschläge: Vorschlag kostet Geld
104 Vorschläge: Vorschlag ist kostenneutral.

Die 154 Vorschläge, die aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger zu Einsparungen führen, sind in der Anlage 2 dieser Vorlage aufgeführt. Deutlich wird, dass die überwiegende Anzahl der diesjährigen Vorschläge entweder als kostenneutral oder als Sparvorschläge gekennzeichnet ist.

Das weitere Verfahren im Bürgerhaushalt sieht wie folgt aus:

[1] Ein weiterer Vorschlag, der Geld spart, wurde vom Verfasser während der Bewertungsphase zurückgezogen.

22.06.2012: Ende der Bewertungsphase

25.06.2012: Veröffentlichung der Bestenliste (die von den Bürgerinnen und Bürgern am besten bewerteten, rund 100 Vorschläge kommen in die Bestenliste)

19.09.2012: Dokumentation der Bestenliste (die Dokumentation umfasst die Stellungnahme der Verwaltung zu allen Vorschlägen der Bestenliste und wird dem Rat in der September-Sitzung vorgelegt)

12.12.2012: Beschluss des Rates über die Vorschläge der Bestenliste, parallel Beschluss über den Haushalt 2013.

Das bisherige Verfahren ist so angelegt, dass die Vorschläge der Bestenliste mit einer Stellungnahme der Verwaltung versehen werden. Die Verwaltung empfiehlt dem Rat, neben den Vorschlägen der Bestenliste alle weiteren Sparvorschläge mit einer Kurzeinschätzung zu versehen. Gegebenenfalls lassen sich auf diesem Weg weitere Maßnahmen in das Handlungsprogramm integrieren.

Die Kurzeinschätzung zu den Sparvorschlägen wird sich von den ausführlicheren Stellungnahmen zur Bestenliste wie folgt unterscheiden: Die Verwaltung wird kurz darstellen, wie der Vorschlag bewertet wurde, ob der Vorschlag auch aus Verwaltungssicht zu Einsparungen führt, ob und wann er umsetzbar ist und welche finanzielle Entlastung mit dem Vorschlag einhergeht.

In Vertretung

gez.	gez.
Reinkemeier Stadtkämmerer	Heuer Stadtrat

Anlagen:

- Anlage 1: Zwischenstand zum Konsolidierungsprozess 2011 bis 2014
- Anlage 2: Haushaltsentlastend wirkende Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt

Stand der Haushaltskonsolidierung 2011-14

im Mai 2012

		2011 in T. €	2012 in T. €	2013 in T. €	2014 in T. €	
Säule 1	**Soll**		**1.250**	**2.000**	**2.750**	
Organisationsentwicklung	Ist		0	0	0	1)
			0%	0%	0%	
Säule 2	**Soll**	**8.064**	**8.841**	**8.996**	**8.877**	
Konsolidierungsmaßn.	Ist	7.376	7.851	7.931	8.040	2)
		91%	89%	88%	91%	
Säule 3	**Soll**	**8.179**	**8.169**	**8.233**	**8.233**	
Pauschale Kürzungen	Ist	6.457	6.578	6.370	6.336	
		79%	81%	77%	77%	
Säule 4	**Soll**	**5.757**	**6.762**	**9.712**	**9.712**	
Steuer- und Abgabenerh.	Ist	5.757	6.062	6.912	6.912	3)
		100%	90%	71%	71%	
Säule 5	**Soll**	**7.600**	**8.100**	**10.000**	**10.400**	
Gewerbesteuer	Ist	7.600	8.100	10.000	10.400	
		100%	100%	100%	100%	
Summen	**Soll**	29.600	**33.122**	**38.941**	**39.972**	
	Ist	27.190	28.591	31.213	31.688	4)
		92%	86%	80%	79%	

Anmerkungen:

1) = Bisherige Sparbeiträge durch die Organisationsentwicklung wurden bei der Säule 3 ausgewiesen.

2) = Das Umsetzungsdelta der Säule 2 geht u. a. auf geänderte politische Entscheidungen (z. B. Stadthalle Hiltrup, Grünflächen) zurück.

3) = Keine Schlüsselzuweisungen trotz Einführung der Zweitwohnungssteuer.

4) = Im aktuellen Haushaltsplan sind bereits die geänderten politischen Entscheidungen zu Konsolidierungsmaßnahmen und das Ausbleiben der Schlüsselzuweisungen berücksichtigt, so dass sich aktuell ein haushaltswirksames Umsetzungsdelta von **rund 4,5 Mio €** ergibt.

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
2	Weniger Kontenangaben auf städtischen Schreiben	Es ist nicht nachvollziehbar, warum in der normalen Korrespondenz bis zu zehn Bankkonten sowie teilweise die IBAN-Nummer und der SWIFT-Code aufgeführt sind. Die Deutsche Bundesbank und die WestLB AG sind ohnehin entbehrlich.	Die Konzentration des Buchungsvolumens auf wenige Konten mit elektronischer Datenübertragung würde Arbeitszeit sparen. Die einheitliche Behördennummer (115) sollte generell eingedruckt werden.
3	Überflüssige Ampelanlage im Gewerbegebiet Loddenheide	Etwa 50 Meter hinter der Kreuzung An den Loddenbüschen/Martin-Luther-King-Weg befindet sich eine überflüssige Fußgängerampel. Falls der Abbau der Ampel kurzfristig nicht möglich ist, sollte sie als Bedarfsampel umgerüstet werden.	Dann würden zumindest Stromkosten gespart. Entbehrlich ist auch der dort aus dem Gewerbegebiet einmündende Fuß-/Radweg. Fußgänger und Radfahrer können problemlos den Übergang an der Kreuzungsampel nutzen.
4	Unbebaute städtische Grundstücke verkaufen	Durch geänderte Bebauungspläne, überarbeitete Straßentrassen oder aufgegebene Spielplätze sind im Laufe der Jahre zahlreiche städtische Grundstücke oder Teilflächen frei geworden.	Die unbebauten Flächen sollten ? nach einer Umwidmung ? an Anlieger oder an Dritte verkauft werden. So befinden sich am Gremmendorfer Weg einige stadteigene Flächen, die von den Anliegern unentgeltlich als Vorgärten genutzt werden. Die Flächen werden dauerhaft nicht mehr für einen Straßenausbau benötigt. An einer Stelle wurde die Bauflucht bereits vorverlegt, so dass die ursprüngliche Planung nicht mehr realisierbar ist.
5	Kostenbeitrag für die Inanspruchnahme der Recyclinghöfe	Angemessen wäre, wenn die Aufwendungen für den Betrieb der Recyclinghöfe der Abfallwirtschaftsbetriebe Münster teilweise entsprechend der Inanspruchnahme umgelegt würden.	Als angemessener Kostenbeitrag sollte pro Anlieferung ein Entgelt von etwa 2 Euro erhoben werden. Dazu wäre lediglich ein Münzautomat zu installieren. Eine Schranke ist ohnehin (beispielsweise am Recyclinghof Eulerstraße) vorhanden.
6	Einheitliche Gestaltung (Corporate Identity) des städtischen Auftritts	In der Korrespondenz der Stadt fällt auf, dass es keinen einheitlichen CI-Auftritt (CI = Corporate Identity bzw. Organisationsidentität) gibt.	Besonders gewöhnungsbedürftig ist der Briefaufbau des Amtes für Schule und Weiterbildung. Durch den Wegfall der Doppelpunkte im rechten Briefviertel ließen sich auch der Papierverbrauch und das Archivvolumen reduzieren.
9	Sonderabgabe für Außenheizungen und Heizpilze einführen	Für Außenheizungen zum Beispiel in der Außengastronomie wird eine pauschale Steuer von 25 Euro pro Monat pro Heizquelle erhoben.	Außenheizungen sind ineffektiv und verlocken sichtlich nicht zu einem erhöhten Umsatz in der Außengastronomie. Ein Verzicht auf die Außenheizungen wäre ein minimaler Verzicht mit großer Wirkung.
12	Kreisverkehr an der Kreuzung Marktallee Glasuritstraße errichten	Besonders zum Feierabend staut sich an der Kreuzung Marktallee - Glasuritstraße auf der Marktallee und Hülsebrockstraße der Verkehr.	Durch die Errichtung eines Kreisverkehres würde der Verkehrsfluss erheblich verbessert werden und die Lärmbelästigung der Anlieger reduziert. Da die Prinzenbrücke abgerissen werden soll, könnte man bei der neuen Verkehrsführung den Kreisverkehr mit errichten. Die Betriebskosten der Ampelanlage fallen somit auch weg.
18	Beweidung öffentlicher Grünflächen	Die öffentlichen Parkanlagen mit großen Rasenflächen (z. B. im Bereich Aasee, Wienburgpark, Westerholtsche Wiese usw.) könnten abwechselnd durch Schäfer bewirtschaftet werden.	Durch eine zyklische Beweidung der größeren Flächen müssten diese nicht länger kostenintensiv gemäht werden. Zudem könnte z. B. das Fleisch der Schafe als regionale (und ökologisch hochwertige) Delikatesse in münsterschen Gaststätten angeboten werden. Aus den Einsparungen beim Mähen und dem Erlös durch den Verkauf von Schafprodukten ließe sich möglicherweise ein (oder mehrere) ?hauptamtliche/r Schäfer? einstellen. (Alternativ wäre es denkbar, die Flächen einem selbstständigen Schäfer zur Verfügung zu stellen, der diese frei als Weidefläche nutzen darf und sich im Gegenzug verpflichtet, die Rasenflächen kurzzuhalten.) Die Verwaltung möge prüfen, ob dieser Vorschlag realisierbar ist und auf diese Weise Einsparungen im städtischen Haushalt möglich sind.
19	Nur jede 2. Straßenlaterne nachts einschalten	Um Strom und Kosten zu sparen, sollte nachts nur jede zweite Straßenlaterne eingeschaltet werden.	Die Stadtverwaltung sollte prüfen, ob sich dadurch Strom und Kosten tatsächlich einsparen lassen und ob der Vorschlag technisch möglich ist.
20	Keine neue Anschaffung von Fahrradfahrer-Ampeln	Keine neue Anschaffung von eigenen, kleinen Fahrradfahrer-Ampeln! Sie sind absolut überflüssig und teuer. Die vorhandenen sollten bei Defekt abgeschafft werden.	

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
21	Flughafen Münster/Osnabrück (FMO) verkaufen	Wir können den Flughafen Münster/Osnabrück nicht länger mit unseren Gas-, Strom- und Wasserpreisen finanzieren.	Der Flughafen Enschede Airport Twente wird von Investoren für 30 bis 40 Millionen Euro mit einer 3000-Meter-Landebahn gebaut. Wir Bürger aus Münster haben mit dem Strom-, Gas- und Wasserpreis 36 Millionen Euro bezahlt, Osnabrück und Steinfurt je 36 Millionen Euro. Der Flughafen Münster/Osnabrück ist zu teuer und muss verkauft werden.
22	Jugendheime mit beschränkten Öffnungszeiten anders nutzen	Jugendheime, die nur 3, 4 oder 5 Stunden (und weder bis 22 Uhr noch samstags) geöffnet haben, sind unrentabel. Sie sollten anders genutzt werden.	Morgens können sie als Kita genutzt werden, z. B. Bauspielplatz in Kinderhaus.
23	Schuldenstopp für Münster	Trotz Griechenland und Staatsvertrauenskrise hatte der Rat 2011 nicht die Kraft ein Konzept zum Schuldenstopp vorzulegen, die Schuldenmacherei in dieser reichen Stadt wird trotz Einsparungen und Steuererhöhungen fortgesetzt. Ihr Votum kann das ändern.	Die Verwaltung und der Rat haben kein Konzept, mit der ständigen Schuldenerhöhung aufzuhören, das Gutgehenlassen auf Kosten der nächsten Generation geht weiter. Das völlig unzureichende Ziel, 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wird durch keinerlei Konzept untermauert. Der existierende Sanierungsplan bis 2015 sieht weitere Millionenschulden von -17,9 - 31,0 -26,0 ? 25,0 Millionen ? vor. Nicht einmal eine abnehmende Tendenz ist zu erkennen. Deshalb die Forderung ein glaubwürdiges Schuldenstoppkonzept vorzulegen. Wer den Schuldenstopp für richtig hält, muss schmerzliche Einschritte akzeptieren und auch so konsequent sein, bei der nächsten Wahl den Parteien die Stimme zu versagen, die sich einem zügigen Schuldenstopp verweigern. Ohne dieses Signal wird es wohl nicht gehen.
24	Mitglieder der Bezirksvertretungen wie sachkundige Bürger bezahlen	Künftig enthalten alle Mitglieder der Bezirksvertretungen nur noch Sitzungsgeld wie sachkundige Bürger (pro Sitzung 30 Euro). Auf diese Art und Weise könnte die Stadt jährlich rund 90.000,- Euro sparen.	Die Bezirksvertretungen (BV) tagen nicht häufiger im Jahr als die meisten Fachausschüsse. BV-Mitglieder lesen auch nicht mehr Vorlagen als sachkundige Bürger in den Ausschüssen. Insofern sind die 200 Euro, die BV-Mitglieder als monatlichen Pauschbetrag erhalten, für den identischen Zeitaufwand nicht vertretbar.
27	Grundstück für Wohnmobilhafen bereitstellen	Ich habe einen Investor, der 3 Millionen Euro in das Projekt "Wohnmobilhafen für Münster" investieren möchte. Seit 4 Jahren wartet er wegen des fehlenden Grundstücks auf die Projekt-Realisierung, ich als künftiger Betreiber auch. Kosten für die Stadt: keine!	Warum tut sich die Stadt Münster so schwer mit der Realisierung des Projektes? Die Vorteile liegen alle auf der Hand, angefangen von Schaffung von Arbeitsplätzen, über Tourismusförderung und Bindung von Kaufkraft. Die Stadt Münster hätte ein attraktives Aushängeschild mehr, man könnte eng mit Münster Marketing zusammenarbeiten. Die Pläne für diesen Wohnmobilhafen liegen fix und fertig in der Schublade und die Stadt schiebt die Entscheidung über ein Grundstück endlos zeitraubend vor sich her! Warum? Soll allen, die dieses Projekt vorantreiben wollen, die Lust vergehen? Warum wird Kreativität und Schaffenskraft nicht gefördert? Ich finde es ist eine umfassende öffentliche Diskussion wert!
28	Für ein tolerantes Münster, gegen Homophobie!	Keine Unterstützung durch die Stadt Münster und ihrer Gesellschaften an Mitgliedsvereine des "Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften e.V."	Der "Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften e.V." diskriminiert homosexuelle Mitglieder. Deutlich wird dies durch den aktuellen Fall der schwulen Schützenbrüder in der Kinderhäuser Schützenbruderschaft St. Wilhelmi. Inzwischen wurde durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) ein Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) festgestellt. Wie auf der Internetseite des "Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften e.V" zu lesen ist, wird auch weiterhin an der Diskriminierung festgehalten. Ich schlage daher vor, dass die Stadt Münster und ihre Gesellschaften alle Unterstützungen (finanzielle sowie ideelle) an Mitgliedsvereine des "Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften e.V." einstellt. Keine Steuermittel für Diskriminierung!

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
31	Kostendeckende Eintrittspreise für das Stadttheater	Ein Theaterbesuch erzeugt in Deutschland durchschnittliche Kosten von weit über 100 ?, bei Erlösen von durchschnittlich nicht einmal 25 ?. Gute Angebote sind Interessierten ihr Geld wert.	Auch Münster muss sich der Diskussion des Subventionswahnsinns stellen. Über 18 Millionen jährliche Aufwendungen müssen deutlich reduziert werden. Musikkonzerte von Popstars sind heute nicht mehr unter 50 ? zu haben, nicht selten sind Preise bis zu 100 Euro je Ticket bei gefüllten Hallen/ Stadien. Weniger Angebot führt zu besserer Qualität und besserer Auslastung. Wenn sich das Theater nicht selbst trägt, muss es in letzter Konsequenz geschlossen werden. Hierdurch steigt die Auslastung anderer Angebote in der Umgebung von Münster.
33	De-Mail für Münster	Im September startet De-Mail, die Möglichkeit sichere E-Mails zu übertragen. Die Stadt Münster soll sich von Anfang an daran beteiligen.	De-Mail ist ein Projekt der Bundesregierung (http://www.cio.bund.de/DE/Innovative-Vorhaben/De-Mail/de_mail_node.html). Damit wird nun endlich die Möglichkeit der rechtsverbindlichen Übertragung von elektronischen Briefen ermöglicht. Ab Septmber 2012 starten die größten deutschen E-Mail Betreiber mit dieser neuen Übertragungsmöglichkeit. Um in der Stadtverwaltung Kosten zu sparen, soll sich die Stadt Münster an De-Mail beteiligen. Außerdem soll geprüft werden, ob dies bei den kostenlosen privaten E-Mail Accounts von www.muenster.de auch möglich ist.
34	Für modernes und einfaches Parken in Münster	In Münster stehen etliche Parkautomaten, die eine ganze Menge Personal, und somit Geld binden. Es soll auf ein kostengünstigeres Internet oder Mobilfunksystem umgestellt werden.	In vielen europäischen Städten ist diese Idee bereits heute Wirklichkeit. So gibt es in Estland fast keine Parkautomaten mehr. Es sollte eine Arbeitsgruppe in der Stadtverwaltung gebildet werden, die unterschiedliche Lösungsansätze erarbeitet.
36	Hundesteuer-Zahlungen stärker kontrollieren	Die Stadt möge sich um nicht bezahlte Hundesteuer kümmern.	Alle Eigentümer wie ich müssen Grundsteuer zahlen und werden kontrolliert. Das gleiche gilt für Gewerbesteuerzahler. Warum werden Hundehalter nicht kontrolliert? Schätzungsweise jeder Zweite zahlt nicht. Die Hundehaltung nimmt groteske Formen an: Zwei Hunde sind häufig. Und das in zentralbeheizten Wohnungen. Warum kontrolliert Münster nicht flächendeckend und erfolgreich wie andere Städte? So entgehen Hunderttausende Euro an Steuern.
37	Miete für Sozialwohnungen mindern	In Münster liegt die Kaltmiete für sanierte Sozialwohnungen mit 6,17 Euro pro Quadratmeter über dem Mietspiegel.	Die Mietnebenkosten steuern auf 6.000 Euro pro Jahr zu. In Bremen zahlen Mieter von Sozialwohnungen eine Warmmiete von unter 5 Euro. Was hat die Stadt falsch gemacht?
40	Umbenennung des Hindenburgplatzes zurücknehmen	Der Rat der Stadt Münster möge die Umbenennung des Hindenburgplatzes zurücknehmen, um ein teures Bürgerbegehren und eine anschließende kostenintensive Volksabstimmung (bei der eine Niederlage des Rates bereits absehbar ist) zu vermeiden.	In beiden münsteraner Tageszeitungen zeigte und zeigt sich eine deutliche Mehrheit der münsteraner Bürger gegen eine Umbenennung des Hindenburgplatzes. Auch die von der Stadt durchgeführte (und von Beteiligten und Meinungsforschern aufgrund der suggestiven Fragestellung zurecht kritisierte) Stichproben-Umfrage zum Thema fiel nur äußerst knapp für eine Umbenennung aus. Vor dem Hintergrund einer zu erwartenden Mehrheit für eine Rücknahme der Namensänderung und der mit einem Bürgerbegehren oder einer Volksabstimmung einhergehenden hohen Kosten sollte der Rat den Tatsachen ins Auge blicken und den Platz freiwillig wieder in ?Hindenburgplatz? umbenennen. Insbesondere wird die Stadt aufgefordert, bis zu einer abschließenden Klärung alle Maßnahmen zu unterlassen, die vorzeitig Tatsachen schaffen und zu einer weiteren Steigerung der Kosten führen könnten (zum Beispiel eine Änderung der Beschilderung).
41	Keine weiteren Straßenum-benennungen mehr	Bei den geplanten Straßenumbennungen den Willen der Bevölkerung berücksichtigen und darauf verzichten	In der Umfrage im Auftrage des Ältestenrats zum Thema Straßenumbenennungen hat sich zwar ein klares Ja für die Änderung der Bezeichnung Hindenburgplatz ergeben, aber auch ein klares Nein zu weiteren Umbenennungen. Nach der veröffentlichten Umfrage waren 27,6 % für die Beibehaltung, weitere 30,2 % für ein erklärendes Zusatzschild und nur 22,6 % für eine Umbenennung sowie 16,2 % für eine Umbenennung mit Zusatzschild, das den früheren Straßennamen enthält. Wie man hier noch eine Mehrheit für eine Umbenennung herauslesen kann, ist mir nicht erklärlich. Das Umfrageergebnis enthält den deutlichen Hinweis auf die Übertragbarkeit des Ergebnisses auf alle münsteraner Bürgerinnen und Bürger.

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
45	Geld sparende Vorschläge sollen im Bürgerhaushalt dominieren	Vorschläge im Bürgerhaushalt, die Geld kosten, werden nur diskutiert oder umgesetzt, wenn im Gleichschritt Geld sparende Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt umgesetzt werden. Der Bürgerhaushalt darf nicht zu weiteren Ausgaben der Stadt führen.	-
49	Keine Aktivitäten der Stadt auf Facebook	Alle Aktivitäten der Stadt Münster auf Facebook sollen eingestellt werden. Die von den Landesbehörden geforderte Beachtung des deutschen Datenschutzrechts soll auch von Münster umgesetzt werden.	Alle Datenschutzorganisationen der Länder fordern, das Engagement auf Facebook einzustellen: www.datenschutzzentrum.de/presse/20111209-facebook-duesseldorfer-kreis.htm Zur Lage in NRW: www.derwesten.de/region/sauer-und-siegerland/datenschuetzer-gegen-facebook-nutzung-durch-suedwestfalener-kommunen-id6497189.html Und einige Kreise ziehen auch die notwendigen Konsequenzen: www.hannover.de/de/buerger/pres_med/RH_pm-2011/RH_pm-2011-11/pm415.html Münster soll daher auch keine Fanpages auf Facebook betreiben. Damit würde endlich dem deutschem Datenschutz Genüge getan. Zudem würden auch die teuren Weiterbildungsmaßnahmen überflüssig, die die Stadt Münster für ihre zahlreichen Mitarbeiter in den Ämtern bezüglich Facebook organisiert und bezahlt.
53	Bürgermuseum für Bürgerengagement	Stadtmuseum veröffentlicht Aufgaben, die durch Bürgerengagement gedeckt werden können und wirbt dafür. Bürger stellen Kompetenzen und Zeit unentgeltlich. Kernkompetenzen bleiben hauptamtlich.	Einrichtungen, die den Bürgern wichtig sind, sollen von ihnen so weit wie möglich direkt unterstützt werden. Vom Bürgerengagement getragene Einrichtungen können auch nicht als überflüssiger Luxus gebrandmarkt werden. Das Angebot sinnstiftender Arbeit wird erweitert für Menschen, die einen Beitrag leisten können und wollen. Die Motive, sich einbringen zu wollen, sind vielfältig. Der Abbau bezahlter Arbeit in Grenzen ist hinnehmbar, denn der Schuldenabbau wird nicht möglich, wenn die Stadt mit nicht vorhandenem Geld Arbeitsmarktpolitik betreiben soll. Persönlich würde ich zu ehrenamtlichem Engagement in der Lage sein. Die Stadt sollte den Versuch unternehmen, Bürgerengagement einzuwerben. Um die Qualität des Angebotes zu sichern, muss Stammpersonal mit Kernkompetenzen verbleiben und die Feder führen.
57	Tausch der Straßenlampen durch LED-Technik	Der Stromverbrauch durch den Einsatz von LED-Technik wird gesenkt. Der Tausch erfordert allerdings investive Kosten, die sich aber schnell amortisieren.	Die aktuelle eingesetzte Beleuchtungstechnik benötigt mehr Strom als die LED-Technik. Die LED-Technik ist mittlerweile so weit, dass ganze Straßenzüge adäquat ausgeleuchtet werden können. Ein Tausch der Beleuchtungstechnik kann Zug um Zug geschehen.
59	Eingeschränkte Buslinien an Sonn- und Feiertagen	Nachtbuslinien stellen in der verkehrsarmen Zeit ein adäquates Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zur Verfügung. Dieses reduzierte Angebot ist auch an Sonn- und Feiertagen ausreichend, es sei denn, es gibt größere Veranstaltungen in der Stadt.	Die Benutzung der Busse der Stadtwerke an Sonn- und Feiertagen ist geringer als an Wochentagen. Gleichwohl soll ein adäquates Angebot an Sonn- und Feiertagen aufrecht erhalten werden. Dieses soll über ein reduziertes Angebot an Buslinien dauerhaft ermöglicht werden. Ein Interessenausgleich muss allerdings hergestellt werden. So sollte es zum Beispiel den älteren und behinderten Mitbürgern ermöglicht werden, zum Beispiel einen Gottesdienst zu besuchen, nachmittags wäre es zum Beispiel eher sinnvoll touristische Ziele, wie etwa den Zoo, anzusteuern. So würde ein Plan einer "Sonn- und Feiertagslinie" von der Linienführung der "Nachtbuslinien" möglicherweise - was Linienführung und Taktung angeht - etwas abweichen. Durch den geringeren Einsatz von Bussen und Personal würden aber Einsparungen entstehen.

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
61	Preußenstadion ausbauen und betreiben mit Investor	Neubau und Betrieb des Preußenstadions mit Hilfe von Privatinvestoren (z.B. LVM/Provinzial Arena) an neuer Stelle, statt kostspieliger Sanierung und Unterhalt des 86 Jahre alten, jetzigen Stadions.	Jetziger Stand: Das jetzige Preußenstadion ist aufgrund seines hohen Alters unmodern, unattraktiv und unsicher geworden. Mit jährlichen sechsstelligen Haushaltssummen soll es saniert werden. Idee: Die Stadt Münster steigt aus dem Preußenstadion aus und sucht einen oder mehrere Privatinvestoren für Neubau und Betrieb an anderer Stelle (z.B. LVM/Provinzial Arena). Begründung: Langfristig wird auch durch eine Sanierung des jetzigen Preußenstadions die Substanz nicht weiter zu erhalten sein. Der Unterhalt ist zu teuer. Desweiteren ist das jetzige Preußenstadion in der wachsenden und immer dichter werdenden Innenstadt zunehmend ein Verkehrshindernis (An-, Abreiseverkehr, Parken). Vorteile Neubau in Nähe z.B. der Nieberdingstraße: 2-spurige Verkehrsanbindung Umgehungsstraße/Albersloher Weg, Parkfläche. Außerdem kann ein neues Stadion auch für zusätzliche Veranstaltungen (Konzerte/Festivals) dienen. Ziel: langfristige Einsparungen im Millionenbereich.
64	Schriftverkehr Bürger / Behörde und umgekehrt	Ersatz des klassischen Postweges durch E-Mail, E-Postbrief und so weiter. Jeder Bürger kann sich einmalig für seinen bevorzugten Kommunikationsweg anmelden / registrieren.	Zum Beispiel auf der Internetseite der Stadt Münster registriert sich ein Bürger und gibt an, dass er künftig sämtliche Kommunikation per E-Postbrief führen möchte. Alle Ämter bekommen dies im Anschluss an die Registrierung automatisch mitgeteilt. Sämtliche Kommunikation zwischen Amt und Bürger kann nun ohne Papier und mit (im Fall E-Postbrief) geringerem Porto stattfinden. Dies spart im Jahr eine Menge Geld ...
65	Bürgerkredite - Geld von Bürger/-innen leihen	Münster leiht sich benötigtes Geld von Bürgerinnen und Bürgern.	Einige Kommunen haben es bereits vorgemacht: sie leihen benötigtes Kapital einfach von ihren Bürgerinnen und Bürgern. Diese bekommen für ihr Geld einen attraktiven Zinssatz erstattet ? eine Win-win-Situation. Münster hätte so zur Umsetzung dringender Projekte Geld zu günstigen Konditionen zur Verfügung. Münster könnte investieren, den Haushalt aber trotzdem weiter entlasten. Den Bürger/-innen wiederum steht durch den Bürgerkredit eine verlässliche Geldanlage zur Verfügung, durch die sie nicht nur etwas für die Stadtgesellschaft, sondern unter Umständen für ihre Nachbarschaft tun können. Video: Bürgerkredite - Wie Bürger ihrer klammen Gemeinde helfen | Politik Direkt http://www.youtube.com/watch?v=B6ezdUOhC1Y
66	Arbeitsplatzbeschreibungen für Schulhausmeister erweitern	Die Arbeitsplatzbeschreibungen für städtische Schulhausmeister sollten erweitert werden. Durch die Abstellung auf die jeweilige Klassenzahl und die örtlichen Gegebenheiten ließen sich Servicekosten sparen.	Servicekosten entstehen bisher durch Beauftragung von Dienstleistern oder der Abfallwirtschaftsbetriebe. Dabei handelt es sich um Laubentfernung, Rasenmähen, Dachrinnenreinigung (bei ein- und zweigeschossigen Schulen), gärtnerische Pflege der Außenanlagen einschließlich der Baumscheiben vor dem Schulgelände, die der Verkehrsberuhigung dienen, und sonstige hausmeistertypische Arbeiten. Darüber hinaus sollten Hausmeister in dem Teil der Schulferien, die über den Tarifurlaub hinausgehen, als Urlaubsvertretungen in anderen städtischen Einrichtungen eingesetzt werden. Eine wichtige Voraussetzung ist, dass Hausmeister eine handwerkliche Ausbildung besitzen.
69	Einsparung von Energiekosten auf Tiefgarage am Langebusch	Beleuchtung auf der Tiefgarage am Langebusch verringern. Eigentümer ist die Wohn-und Stadtbau.	Seit mehr als 15 Jahren versuchen wir in Gesprächen mit Wohn- und Stadtbau, die sehr helle und aufwendige Beleuchtung auf der Tiefgarage zu reduzieren. Leider ist es bisher an der Arroganz der Wohn-und Stadtbau gescheitert. Durch eine geringere Beleuchtung könnten Energiekosten eingespart werden. Wir hoffen auf diesem Weg, etwas zu erreichen. Es ist erforderlich, bei Einbruch der Dunkelheit einmal eine Begehung durchzuführen.
70	Sportanlage und Kindergarten Eichendorffstraße - Nachts Beleuchtung ausschalten	In der Sportanlage Eichendorffstraße brennt nachts öfters das Licht (Gebäude, Flutlichtanlage), auch im angrenzenden Kindergarten. Ich schlage vor, dieses Problem technisch zu beheben oder für gezielte Rückmeldungen zu sorgen.	Ich schlage vor, Zeitschaltuhren zu installieren, die nur bei Bedarf zu ungewöhnlichen Zeiten manuell abgestellt werden. Sollte das nicht möglich sein, würde ich als Nachbar das Lichtausschalten für jeweils einen symbolischen Euro übernehmen und regelmäßig Mitteilung machen, so dass sich die Stadt das Geld bei den Verantwortlichen holen kann.

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
71	Pflastersteine nicht mehr in Mörtel verlegen	Pflastersteine für Straßen und Wege sollten nicht länger in Mörtel, sondern (wie früher) in Sand oder Splitt verlegt werden.	Seit einigen Jahren beobachte ich, daß die neuverlegten Pflastersteine auf Wegen, Plätzen und Straßen in der Innenstadt aufwendig in Mörtel oder Beton verlegt werden, anstatt ? wie früher ? in Sand oder Splitt. Dies ist zum einen viel teurer und versiegelt zum anderen die Oberflächen, so dass Niederschlag nicht mehr versickern kann; zudem ist es teurer, wenn die Straße (bei Neuverlegung von Kabeln oder ähnliches) wieder geöffnet werden muss. Nicht zuletzt wird die natürlicherweise entstehende ?Begrünung? zwischen den Fugen auf diese Weise verhindert, die aber oftmals gerade den patinahaften Reiz von historischem Pflaster ausmacht. Aus diesen Gründen sollte die Stadt wieder zu der traditionellen Verlegeweise (in Splitt und Sand) zurückkehren.
76	Linux an Schulen einführen	Die münsterschen Schulen sollten ? zumindest, wenn es um die Arbeitsplätze von Schülern geht ? auf Linux (oder andere freie Betriebssysteme) umgestellt werden.	Durch den Umstieg ließe sich langfristig viel Geld sparen, da das Betriebssystem (UND die darauf laufenden Programme!) kostenfrei und ohne Lizenzpflicht erhältlich sind. Zudem böte der Einsatz von Linux für die Schüler sogar einen Mehrnutzen gegenüber Windows, da Erfahrungen mit Linux in der Wirtschaft erfahrungsgemäß höher eingeschätzt werden als solche mit Windows. Wenn es um reine Anwendungen geht, so bietet Linux für alle Standardbereiche (E-Mail, Websurfen und Office) kostenfreie (und gleichwertige!) Äquivalente zu den kommerziellen Programmen aus der ?Windows-Welt?. Zudem läuft Linux stabiler, und man könnte komplett auf den derzeitig aufwendigen Virenschutz verzichten, da die für Windows gefährlichen Viren unter Linux nicht lauffähig und somit unschädlich sind. Es darf nicht sein, daß der Unterricht an öffentlichen Schulen allesamt auf der Software EINES Herstellers (hier: Microsoft) basiert und so künstlich falsche Standards erzeugt werden.
79	Unzureichenden Heckenschnitt mit Geldbußen belegen	Wenn Grundstückseigentümer Hecken, Sträucher oder Bäume zu weit in Gehsteige hineinragen lassen, liegt meiner Meinung nach eine Ordnungswidrigkeit vor, die mit Verwarnungs- oder Bußgeldern geahndet werden sollte.	Die vorgegebene Breite von Gehsteigen und sonstigen öffentlichen Flächen sollte in der Benutzbarkeit nicht eingeengt werden. Wenige Zentimeter sind sicherlich statthaft, aber mehr auch nicht. Es muss gewährleistet werden, dass Mütter und Väter mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer nicht auf Straßen ausweichen müssen. Dies gilt auch für Personen mit Gehhilfen.
80	Fördertopf für Altbausanierung streichen	Das städtische Förderprogramm zur Energieeinsparung und Altbausanierung über 350.000 ? war bereits Anfang 2012 komplett ausgeschöpft. Da nur ein Teil der Antragsteller zum Zug kommt, ist diese Förderung ungerecht und sollte gestrichen werden.	Für 2013 sind wieder 350.000 Euro im städtischen Förderprogramm zur Energieeinsparung und Altbausanierung vorgesehen. Auch hier werden wieder nur wenige Antragsteller zum Zug kommen. Fraglich ist, ob es sich bei diesen Antragsstellern um einkommensschwache Bürger handelt. Das Ziel des Fördertopfs, Energie einzusparen, kann durch andere Mittel optimaler erreicht werden, von denen dann nicht nur wenige Bürger profitieren: Optimierung der alten und neuen Bebauungspläne bezüglich Sonnenenergieausnutzung, schnellere Einführung des Passivhausstandards usw.
82	Straßenbaukosten reduzieren	Der Vorschlag betrifft besonders Fuß- und Radwege.	Beispielsweise an der Mecklenbecker Straße ist der Radwegbelag immer wieder in Abständen erneuert worden, obwohl es nicht notwendig war.
86	Gebühren für die Außengastronomie erhöhen	Die Gebühren pro Quadratmeter Nutzungsfläche sind im Vergleich zu Gebühren in anderen Städten zu niedrig.	Zwar hat der Rat am 21. März eine angemessene Erhöhung abgelehnt. Die Gastronomie nimmt hier aber öffentlichen Raum in Anspruch, der auf der anderen Seite (Parkgebühren) nicht unerheblich mit Gebühren belastet ist. Vorschlag: In vielen anderen deutschen und europäischen Städten sind die Preise in der Außengastronomie höher.
87	Zu viele Kinderspielplätze in Mecklenbeck	Bitte überprüfen, ob die Anzahl reduziert werden kann.	
92	Beirat für kommu-nale Entwicklungs-zusammenarbeit streichen!	Den Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit streichen sowie den Nord-Süd-Preis.	
93	Beirat für Klimaschutz auflösen!	Den Beirat für Klimaschutz auflösen und die frei werdenden Mittel in die Energieeinsparung stecken!	

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
94	Kommunale Seniorenvertretung auflösen!	Die kommunale Seniorenvertretung sollte aufgelöst werden, das Geld sollte besser in die Schuldentilgung gesteckt werden!	
95	Konsequenzen aus Neubau der Feuerwache 3 ziehen	Sollte die Feuerwache 3 gebaut werden, sollte das Gebäude der freiwilligen Feuerwehr verkauft bzw. abgerissen werden. Die Freiwilligen mit in die Wache 3 integrieren. Der jetzige Fuhrpark wird kaum genutzt und kostet nur Geld.	Ein Erhalt ist unter den jetzigen Umständen nicht zu rechtfertigen.
97	Bürgerbüros in öffentlichen Räumen unterbringen	Bürgerbüros beispielsweise in Schulen unterbringen, um Mietkosten zu reduzieren.	
99	Fahrradpumpe am Stadthaus 1 nicht kaufen	Die Fahrradpumpe soll 4.000 Euro kosten.	In jedem der Fahrradparkhäuser wird es Fahrradpumpen geben - zum Beispiel beim Picasso-Museum, in der Stubengasse und am Bahnhof. Außerdem kann eine einfache Pumpe im Bürgerbüro ausgeliehen werden.
100	Baulücke Averkampstraße 15/17 schließen	Seit Jahren unbenutztes Bauland. Starker Verlust von Mieteinnahmen.	Das Haus wurde jahrelang "frei gekündigt", dann abgerissen. Nun ist das Bauland ungenutzt - seit mindestens drei Jahren. Das bedeutet einen starken Mietausfall für das städtische Tochterunternehmen "Wohn- und Stadtbau". (Wie schnell es gehen könnte, zeigt die private Baulücke gegenüber!)
106	Alle Bäder gemeinsam mit den Vereinen betreiben	Viele Aufsichts- und Organisationstätigkeiten lassen sich an die Vereine delegieren.	Siehe Handorfer Bad, Coburger Bad, Südbad-Plan des Südbadvereins, Bäder außerhalb von Münster; vergleiche Turnhallen und andere Sportanlagen.
109	Keinen Nachtflohmarkt auf Kosten der Allgemeinheit	Die in 2011 bereits angefallenen und für 2012 geplanten Aufwendungen für die Durchführung von Nachtflohmärkten müssen ab 2013 entfallen.	Laut Haushaltsplan der Stadt Münster 2012, Band 1, Seite 546, sind für die Nachtflohmärkte auch in 2012 Mittel in Höhe von 50.000 ? vorgesehen. Die Zeiten, in denen für derartige "Spielereien" das Geld noch locker saß, sind meines Erachtens aber vorbei. Die Initiatoren der Nachtflohmärkte sollten ihre ursprünglichen Versprechungen endlich wahr machen und die einst vollmundig angekündigten Sponsoren für diese Veranstaltungen benennen. Sollte das nicht möglich sein, müssen die Flohmärkte halt zu normalen Tageszeiten durchgeführt werden, die nicht diese Kosten verursachen. Spätestens ab 2013 muss diese öffentliche Geldverschwendung beendet werden.
113	Bauliche Standards bei der U3-Erweiterung kritisch hinterfragen	Bei den notwendig werdenden Erweiterungen von Kindertagesstätten (Kitas) werden durch die Vorgaben des Jugendamtes die Architektenentwürfe wesentlich verteuert.	Durch die überzogenen Standards des Jugendamtes wird das politische Ziel einer flächendeckenden U3-Betreuung unter finanziellen Gesichtspunkten erheblich erschwert. Dieser Frage sollten sich die politischen Gremien der Stadt annehmen und die Arbeit des Jugendamtes kritisch hinterfragen.
114	Trägerschaft des Asylbewerber-heimes an den VDIJB e.V.	Übergabe des Asylbewerberheimes an der Grevener Str 217, 48159 Münster, in die Trägerschaft des VDIJB e.V. mit kompletter Betreuung, ähnlich der Trägerschaft des CVJM in Hiltrup, Meesenstiege.	Der Verein zur Förderung der Internationalen Jugendarbeit (VDIJB e. V.) ist bereit und in der Lage, eine umfangreiche sozialarbeiterische und pädagogische Betreuung der Wohnanlage zu gewährleisten. Der Verein mit seinem ehrenamtlichen Vorstand und Mitgliedern, hat sozialpädagogische Betreuungsarbeit, Sprachkurse, Beratung und Hilfestellung bei Antragstellungen und beim Formularausfüllen für Asylbewerber seit vielen Jahren in den Wohnheimen Philippistraße 4, Grevener Straße 178 und 217 sowie der neuen Unterkunft im Nordkirchenweg 48/50 durchgeführt und dabei praktische Erfahrung in der Organisation und Verwaltung erworben. Dadurch, dass alle erforderlichen Tätigkeiten von ehrenamtlichen Mitgliedern, darunter auch Diplom SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen, durchgeführt werden, entsteht hier ein enormes Sparpotential für den städtischen Haushalt.
115	Keine übertriebenen Planungen auf Kosten der Bürger	Baumaßnahmen, die lediglich einen Verschönerungscharakter haben und von Bürgern über Kommunalabgaben zu finanzieren sind (Beispiel Sprakeler Straße), haben die politischen Gremien mit äußerster Zurückhaltung zu beschließen.	Beim Rückbau der Sprakeler Straße enthalten die Planungen keineswegs nur notwendige Maßnahmen, sondern zu einem erheblichen Teil Verschönerungsmaßnahmen. Nicht alles Wünschenswerte sollte auf Kosten der davon betroffenen Bürger umgesetzt werden!

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
116	Keine neue Tiefgarage am Idenbrockplatz	Bei der nur 100 Meter entfernten Tiefgarage Kristiansandstraße 121-139 stehen mehrere Hundert Stellplätze leer. Diese Garage wurde aus Steuergeldern bezahlt und hat seit mehreren Jahren erhebliche Defizite.	Der Vorschlag spart Geld, da überflüssige Bauvorhaben nicht stattfinden.
117	Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst intern auffangen	Die kürzlich beschlossene Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst inklusive der Erhöhung der Pensionsansprüche sollte die Stadtverwaltung intern auffangen.	Die Bürgerinnen und Bürger werden bereits durch erhöhte Grundsteuern, Gewerbesteuern und Gebühren (zum Beispiel Strom, Gas, Wasser) zur Kasse gebeten. Weitere Belastung: Eine Handwerkerstunde kostet beispielsweise 57 Euro plus 25 Euro für den Lehrling und Fahrtkosten. Wie viele Bürger können sich das leisten? Die Menschen werden in die Schwarzarbeit getrieben, dem Staat entgehen viele Steuergelder.
118	Fahrbahn Kristiansandstraße verbreitern, Bürgersteige verengen	An der Kristiansandstraße parken widerrechtlich Fahrzeuge. Gefährdung der Fußgänger und Schulkinder, da die Autos beim Wegfahren über den Bürgersteig fahren.	Im Vorfeld besser planen und die Bürger direkt vor Ort fragen, dann kann viel Geld gespart werden und es muss nicht nachgebessert werden.
119	Verbot von Fracking (Bohrtechnik zur Erdgas-Förderung)	Beim sogenannten Fracking gelangen Schadstoffe in den Boden. Die Umwelt (Grundwasser) wird verschmutzt.	
120	Konzentration des Rates auf städtische Angelegenheiten	Durch die Beschäftigung mit dem "Vegetarischen Tag" hat der Rat deutlich gemacht, dass er sich mit Dingen beschäftigt, die mit Kommunalpolitik und den Aufgaben nach der Gemeindeordnung nichts zu tun haben.	Angesichts der Haushaltslage sollen Rat und Verwaltung wirtschaftlich handeln. Dazu gehört auch, Ressourcen nicht für Anliegen zu verschwenden, für die die Stadt Münster gar nicht zuständig ist.
121	Keine Kindertagesstätte am Bürgerhaus Kinderhaus errichten	Das Gelände beim Jugendzentrum, wo die Kita gebaut werden soll, wird als Boule-Platz, Flohmarkt, Veranstaltungsfläche und Grünfläche von allen Nutzern des Bürgerhauses benötigt. Bürger wurden nicht gefragt!	Die Kita gehört dahin, wo Kinder sind (Nord-West-Schleife, Dauvemühle). Sie könnte beispielsweise auf dem Gelände des Bauspielplatzes oder in einem der leerstehenden Ladenlokale am Rektoratsweg oder am Kerstingskamp errichtet werden. In fünf Jahren wird diese Einrichtung aufgrund der demografischen Entwicklung nicht mehr gebraucht (siehe Statistiken: die Leute werden älter, weniger Kinder).
124	Geschenkgut-scheine für kommunale Einrichtungen	Die Stadt Münster verkauft - eventuell auch per Internet - Geschenkgutscheine, die von den Empfängern bei verschiedenen Einrichtungen - Theater, Halle Münsterland, Allwetterzoo oder auch Schwimmbäder - eingelöst werden können.	Gutscheine finden als Weihnachts- oder Geburtstagsgeschenke immer größeren Zuspruch. So kann man Gutscheinkarten verschiedener überregionaler Anbieter heute bereits an jeder Tankstelle erwerben. Die Stadt Münster sollte dieses Instrument nutzen, um den Zuschussbedarf ihrer Einrichtungen zu senken. Gutscheine für Theater oder Halle Münsterland haben zum Beispiel den Vorteil, dass sie nicht an einen bestimmten Termin oder eine bestimmte Veranstaltung gebunden sind, sondern nach Wunsch eingelöst bzw. finanziell "aufgestockt" werden können, um einen besonders vorteilhaften Sitzplatz zu bekommen. Der Gutscheinerwerb sollte an möglichst vielen Stellen im Stadtgebiet möglich sein und könnte über das Internet erleichtert werden. So wird der Besuch kultureller Einrichtungen, aber auch der städtischen Schwimmbäder für die Bürger noch attraktiver gemacht.
129	Keine Rasenheizung für das Preußenstadion	Dem Wunsch des SC Preußen bereits im Zusammenhang mit der Rasenerneuerung auch mit Vorarbeiten für eine Rasenheizung zu beginnen, wird aus Kostengründung abgelehnt.	Angesichts der allgemeinen Haushaltslage sind weitere Kosten für die Bespielbarkeit des Rasens nicht vertretbar. Dem Anliegen des SC Preußen, in der 2. Bundesliga sei eine Rasenheizung Pflicht, kann zur Zeit kein Gehör geschenkt werden. Bei der gegenwärtigen Spielstärke der Mannschaft ist ein Aufstieg in diesem und im nächsten Jahr höchst unwahrscheinlich und weitere Kosten deshalb nicht aufzubringen.
130	Streichung Budget autofreier Sonntag	Der Rat hat 100.000 Euro für Aktionen und Werbung für einen autofreien Sonntag bewilligt. Ich beantrage, diese Mittel wieder zu streichen.	

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
136	Altenheimkosten senken	Altenheimkosten sind in Nordrhein-Westfalen (NRW) über 50 Prozent zu teuer. Meine Mutter hat 2008 für ein kleines Doppelzimmer 42.956,46 Euro bezahlt und 2009 waren es 44.205,15 Euro. 2010 war eine Erhöhung von 5,5 Prozent im Gespräch.	Meine Mutter hat vom 14. Juli 2003 bis 12. September insgesamt 272.331,83 Euro bezahlt für ein 50 Jahre altes Haus. Altenheime werden zu zwei Drittel mit Steuer- und Fördergeldern und billigen Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bezahlt. In Sachsen-Anhalt zahlen Senioren für ein Haus Baujahr 2008 für die Pflegestufe 1 61 Euro, für die Pflegestufe 2 71 Euro und für die Pflegestufe 3 80,90 Euro einschließlich Investitionskosten von 14, 25 Euro, sechs Mahlzeiten und Animation im Einzelzimmer pro Tag. In Berlin zahlen Senioren in einem Haus Baujahr 1980 pro Tag 4,31 Euro abzüglich Altersabschlag von 3,11 Euro pro Tag.
138	Sozialkaufhaus einrichten: Sozial und Zentral	Ein Sozialkaufhaus mit dem schönen Namen. Einer für alle, alles aus einem Haus, schön, gebraucht und lecker dazu	Alles aus einer Hand, schöne gebrauchte Möbel zu super gutem Preis und auch Lebensmittel, gerade abgelaufen, zum Beispiel von der Tafel, außerdem noch ein täglich wechselnder Mittagstisch, das mitten in Münster, direkt am Bahnhof, etwas für jedermann, hier hilft eine Hand der anderen, wer einen Anstreicher oder Hilfe sucht, wer Hilfe anbietet meldet sich, unser Motto einer für alle, alle für einen, genau das braucht Münster: Eine zentrale Stelle, für jeden zu erreichen, einen Kaffee und Kuchen noch dazu, plus ein schönes gebrauchtes Möbelstück und bezahlbare Lebensmittel, die nicht im Müll landen. Münster ist schön, wir zeigen, wir sind sozial mit unserem Sozialkaufhaus
141	Standards beim Landschafts-verband Westfalen-Lippe (LWL) absenken	Der LWL kostet Münster 55 Millionen Euro. Vieles, was man an Realisierung sieht im Landschaftsraum, atmet großzügigste Standards und scheinbar grenzenlose Mittel. Da sollte der Rat auf sparsamere Ausgabenpolitik hinwirken.	Etwas konkreter: Ein funktionierendes Museum in Münster wird abgerissen und neu aufgebaut. Vogelbeobachtungsplattformen an der Werse aufgestellt, keiner benutzt sie. Kloster Dahlheim wird großzügigst renoviert, soziale Einrichtungen mutieren zu Palästen. Das muss alles nicht sein, wenn die öffentliche Hand nicht mit ihrem Geld auskommt, auch Münster nicht. Eigenbetrag um 5 % senken.
143	Kreisverkehre statt Ampeln	50 Prozent der Ampeln in Münster sind überflüssig. Billige Kreisvariationen sind machbar. Der Verkehr kann dann fließen. Die Umweltverschmutzung nimmt ab.	Wir Bürger quälen uns von Kinderhaus bis Hiltrup über eine Stunde von roter zu roter Ampel durch die Innenstadt.
156	Kein 5-geschossiges Hochhaus am Burloh (Zentrumserweite-rung Kinderhaus)	Das Zentrum Kinderhaus wird erweitert. Es sollen wieder Hochhäuser errichtet werden. Das ist zu viel Asphalt und Beton.	Wir hoffen, dass mehr Grün kommt (Dachbegrünung) und die gefällten Bäume ersetzt werden, um die Luft zu verbessern. Der Investor muss bezahlen.
158	Kreisverkehr vor der Tiefgarage Idenbrockplatz/ Kristiansandstraße einrichten	Asphaltieren Sie einen Kreis mit weißem Rand (wie in England) und stellen Sie vor dem Millionengrab die Ampeln ab, das spart Geld!	Verringern Sie die Geschwindigkeit der Autos mit Hilfe von Drempeln (Bremsschwellen auf der Fahrbahn) und Katzenaugen! Das ist in EU-Ländern normal.
159	Arbeitszeit der städtischen Bediensteten (ohne Lohnausgleich) kürzen	Wenn die Arbeitszeit der städtischen Bediensteten um beispielsweise 20 Prozent (ohne Lohnausgleich) gekürzt würde, würde der städtische Haushalt um einen Millionenbetrag entlastet.	
160	Spielplatz Hohe Geest (auf Höhe "Draht Lauen") zurückbauen	Der Spielplatz wird von Kindern kaum genutzt und sollte deshalb zurückgebaut werden.	
168	Straßenbeleuchtung nachts zu verkehrsarmen Zeiten reduzieren	Nachts um 3 Uhr müssen weniger Laternen an sein, als abends um 18 Uhr.	
171	Nutzung der Stadtteilautos anwenderfreund-licher machen	Die Nutzung der Stadtteilautos sollte anwenderfreundlicher werden. Beispielsweise ist die Preisgestaltung schwer verständlich, der Internetauftritt nicht gut aufgebaut und das Reservierungssystem ist umständlich.	Außerdem werden Stadtwerke-Mitarbeiter bei der Buchung dadurch bevorzugt, dass sie auf ein bestimmtes Kontingent zugreifen dürfen. Alternativgedanke: Man könnte eine Art generationenübergreifende "Börse" für mobilen Austausch initiieren (ähnlich dem Modell "Wohnen gegen Hilfe") oder als neue organisierte Form im Rahmen der Bürgerstiftung.

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
176	Konsequent Schulen schließen	Schulen zu schließen, ist politisch unbequem und konfliktreich. Kleine Schulen sind allerdings mit hohem Aufwand für Betrieb und Bauunterhaltung verbunden. Ohne Zielkonzept sind Fehlinvestitionen unvermeidbar.	Schülerzahlen sind leicht mit langem Vorlauf zu planen (Geburtenzahlen/ -raten). Nur mit einem öffentlich bekannten und langfristigen Konzept kann gezielt in die Schulen investiert werden, die dauerhaft erforderlich sind: In den letzten Jahren der Nutzung kann das Gebäude gezielt "abgenutzt" werden, sofern keine Folgeverwendung möglich ist. Unnötige Sanierungen und Reparaturen kurz vor der Schließung werden vermieden. Daher sollte langfristig abgestimmt sein, wann welche Schule geschlossen wird und welche nicht.
178	Kostenangabe in Rats- / Ausschussvorlagen	Vorlagen für politische Gremien sollen stets den Aufwand für die Umsetzung des Beschlusses, aber auch für dessen Erarbeitung nennen. Und zwar sowohl Sach- als auch Personalaufwand.	Die Angabe des Aufwands bildet für die Politik eine wesentliche Steuerungsgrundlage. Die Bürgervertreter sollen wissen, wenn eine gegebenenfalls unproduktive Anfrage nur mit 10 Stunden Personalaufwand beantwortet werden konnte (= 500 ?). Auch sollte vorher klar sein, wie viel Aufwand mit der Umsetzung eines neuen Konzepts verbunden ist. Sonst entstehen zum Beispiel Gestaltungssatzungen, die nett sind, aber durch die zum Beispiel viel Personal für Beratung und Verfolgung der Verstöße gebunden wird. Durch Transparenz steigt das Kostenbewußtsein für politische Entscheidungen.
179	Stadt soll Zucht von Mikroorganismen in der Kläranlage Mariendorf ermöglichen	Die Kläranlage Mariendorf soll nicht zurückgebaut werden. Sie eignet sich für die Zucht von Mikroorganismen, die eingesetzt werden zur Verbesserung der Abwässer bis auf Trinkwasserqualität.	Anfang des Jahres 2011 reichte ich dem Amtsleiter des Tiefbauamtes ein Nutzungskonzept für die außer Betrieb gestellte Kläranlage Mariendorf ein. Darin wurde beschrieben, wie unter Einsatz von effektiven Mikroorganismen (die ich züchte) eine weitere Verbesserung der eingeleiteten städtischen Abwässer bis auf Trinkwasserqualität zu erreichen sei. Mit solch einer Verbesserung der Abwässer ohne Chemieeinsatz könnte die Stadt Münster dem Umweltschutz dienen und gleichzeitig die Kosten für den Rückbau der Kläranlage Mariendorf sparen. Wie wirksam der Einsatz von Mikroorganismen ist, wird das in der Golfanlage Brückhausen durchgeführte Pilotprojekt zeigen.
183	Städtische Leistungen durch Bürgerengagement ersetzen	Jede einzelne städtische Bürgerdienstleistung ist darauf abzuklopfen, ob sie nicht durch Bürgerengagement ersetzt oder zumindest mit unterstützt werden kann, um so die Kosten zu senken.	Dazu sind sicher erst Personalaufwendungen nötig, um einen Umdenk- und Umstrukturierungsprozess zu begleiten. Langfristig ist das aber ein Weg, um entweder die Schulden- oder die Steuerspirale anzuhalten, wenn man auf nichts verzichten will. Münster hat bereits eine engagierte Bürgerschaft, das muss verstärkt werden. Beispielhaft seien hier die Städtischen Bühnen angesprochen: Das vorhandene Personal mit anderen Kommunen - zum Beispiel Osnabrück oder Bielefeld - teilen, den eigenen Spielplan reduzieren und das Theater für Konzerte, Tanz und Schauspiel für die vielfältigen lokalen Gruppen öffnen, die Vieles gut können, ihr Publikum haben und auch diese Unterstützung verdient haben. Die Stadt trägt weiter die Kosten für das Gebäude.
184	Reinigungsintervalle bei der Straßenreinigung verlängern	Die Straßenreinigung erfolgt derzeit wöchentlich. Die Intervalle sollten, zumindest in Wohngebieten, z. B. auf 14-tägige Reinigung verlängert werden.	Teilweise werden derzeit saubere Straßen gereinigt. Die Umstellung hätte in dem meisten Gebieten wohl keine wesentlich größere Verschmutzung zur Folge. Vorteil für die Stadt: Es können größere Kehrbezirke geschaffen werden. Personal und Kehrmaschinen könnten eingespart werden. Vorteil für den Bürger: geringere Gebühren. Win Win! Eventuell sollte eine Umstellung zunächst für ein überschaubares Gebiet versuchsweise stattfinden und dann das Ergebnis ausgewertet werden.
194	Weniger Arbeitslose, damit weniger Ausgaben planen	Die Summe der Aufwendungen für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist in den nächsten Jahren fast stabil mit ca. 118 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt (Produktgruppe 0501 im städtischen Haushalt). Das muss doch zu senken sein.	Durch das schon gestiegene Arbeitsangebot und die weiterhin positive Arbeitsmarktlage müßten doch die Kosten zu senken sein, auch ohne die Leistungen notwendigerweise zu kürzen, Arbeitslose leichter in Arbeit zu bringen sein.
204	Straßenbeleuchtung sinnvoll ein- und ausschalten	Die Straßenbeleuchtung wird, jedenfalls an der Kapitelstraße, zu früh an- und zu spät ausgeschaltet. Sie brennt, wenn man noch gut ohne sie sehen kann. Das ist Energieverschwendung.	

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
206	Mischwasserhähne in öffentlichen Gebäuden abschaffen	In öffentlichen Gebäuden sollten die Mischwasserhähne abgeschafft werden. Das warme Wasser steht immer auf Abruf in der Leitung, obwohl es fast nie gebraucht wird.	Die meisten Leute waschen sich die Hände doch nur mit kaltem Wasser, weil es einfach zu lange dauert, bis das Wasser richtig gemischt ist.
207	Katzensteuer einführen	Eine Katzensteuer für alle Katzenbesitzer einführen.	Um eine Gleichstellung der Tierbesitzer von Hunden und Katzen zu gewährleisten, muss es auch eine Katzensteuer geben, denn auch sie ist machbar und umsetzbar. Wie Hundebesitzer ihre Tiere "freiwillig" anmelden, müssen dies auch Katzenbesitzer tun. Bei Rückfragen für die Umsetzung stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.
209	Deutliche Erhöhung der Grundsteuern A und B	Mit dem Ziel der Schuldentilgung der Stadt werden die Grundsteuern A und B auf 600 Prozentpunkte erhöht. Die Mehreinnahmen werden ausschließlich zur Schuldentilgung eingesetzt.	Wir Münsteraner müssen die Lasten unserer Kinder abfedern. Diese Steuer ist halbwegs sozial. Wer ein kleines Einkommen hat, lebt meist in einer kleinen Wohnung und wäre nicht so stark betroffen ...
212	Feuerwache 3 auflösen / Rettungdienst behalten	Die Feuerwache 3 verschlingt Kosten, Tag um Tag. Der Nutzen ist meiner Meinung nach jedoch zweifelhaft.	Die zusätzlichen Rettungsmittel für Hiltrup (nun stehen 2 Rettungswagen zur Verfügung) sind auf jeden Fall gerechtfertigt. Der Südliche Stadtbereich mit Loevelingloh, Amelsbüren und Hiltrup ist besser abgesichert. Dies sollte auf jeden Fall bestehen bleiben. Jedoch ist es viel zu hochgestochen einen kompletten Löschzug für den Brandschutz in Hiltrup zu stationieren. Es würde hier ein Löschfahrzeug ausreichen. Die Einsätze im Süden Münsters halten sich im Bereich von 100 Einsätzen pro Jahr für alle 3 Stadtteile in die die Feuerwache 3 als erstes ausrückt. Das Ist nicht einmal 1 Einsatz am Tag. Und es beschränkt sich dabei meist auf Kleineinsätze, die mit einem einzigen Fahrzeug abzuarbeiten sind. In ungefähr 20 Fällen musste die Berufsfeuerwehr mit einem ganzen Löschzug in Hiltrup tätig werden. Das kann eine Freiwillige Feuerwehr alleine bewältigen. Hier ist großes Einsparpotential vorhanden. Es würde ein großer Teil der laufenden Kosten der Wache 3 gespart.
216	Keine Planungskosten für Südbad	Die Voraussetzungen, unter denen fünf Bäder in Münster geschlossen wurden, haben sich nicht verändert. Bewohner des Geistviertels können das Stadtbad Mitte benutzen.	Die Südbadinitiative, die bewusst auch städtische Mittel generieren will, bedient nur einen kleineren Teil dort wohnender Bürger. Es wird übersehen, dass Bürger in anderen Stadtteilen (Roxel, Amelsbüren, Nienberge zum Beispiel) kaum Ausweichmöglichkeiten haben. Anders die Bewohner des Geistviertels mit dem Stadtbad Mitte.
217	Grundstück an der Metzerstraße verkaufen	Das Grundstück wird immer noch für einen möglichen Schwimmbadneubau vorgehalten. Wegen des hohen Schuldenstandes müssen nicht bebaute, aber bebaubare Grundstücke verkauft und der Erlös dem Haushalt zugeführt werden.	Zwar hat Oberbürgermeister Lewe der Initiative Südbad zugesagt, ein Bürgerbad wohlwollend zu prüfen. In Hinblick auf den gegenwärtigen Schuldenstand der Stadt dürfen solche kostentreibenden Wahlversprechen nicht eingehalten werden. Der Oberbürgermeister muss sehen, wie er mit diesem Problem fertig wird.
218	Straßennamensschilder privatisieren	Die Straßennamensschilder an einen privaten Investor verkaufen, der die Schilder aufbaut, abbaut und unterhält. Im Gegenzug darf er in gleicher Größe wie das Straßenschild dezente Werbung anbringen. Alternativ wird nur das Werberecht verkauft.	Über oder unter dem Straßenschild wird praktisch ein zweites Schild angebracht, das in engen Grenzen (zum Beispiel keine Bilder, einheitliches Schriftbild) eine ganz kurze dezente Werbebotschaft trägt. Beispiele: Firmennahmen (t-mobile, Stadtwerke Münster, Wall) oder Produkte (zum Beispiel Westfälische Nachrichten). Entweder werden alle Schilder privatisiert (analog Buswartehäuschen) oder das Werberecht separat verkauft. Gesehen im Ausland, Foto verfügbar.
220	Preußenstadion verkaufen	Das Preußenstadion erweist sich für Münster als finanzieller Klotz am Bein. Das Gelände soll durch einen privaten Investor oder ein Investorenkonsortium für den Sportbetrieb erhalten bleiben.	Der so geliebten und vielfach geförderten Fußballszene sollte es doch gelingen, einen Investor oder ein Investorkonsortium zu finden, welche das Gelände nicht nur für Fußball, sondern auch für andere sportliche Großveranstaltungen (zum Beispiel Leichtathletik) finanziell attraktiv machen. Dazu mögen Verwaltung und Parteien Überlegungen anstellen.
225	Ehemalige Hausmeisterwohnung Nikolaischule nutzen	Die ehemalige Hausmeisterwohnung in der Nikolaischule steht leer. Die Stadtverwaltung sollte sich um einen Mieter bemühen, um diesen Leerstand zu vermeiden. Außerdem können so Mieteinnahmen erzielt werden.	Zwar ist die ehemalige Hausmeisterwohnung nicht direkt mit einem Auto zu erreichen (etwa 200 Meter Fußweg), dennoch sollte es möglich sein, Mieter für diese Wohnung zu finden und so den Leerstand zu vermeiden.

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
234	Fachleute innerhalb der Stadtverwaltung und im Rat an die richtige Stelle setzen	Fachleute können dazu beitragen, die richtigen Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel beim Abbau der Schulden oder dadurch, dass nicht nach Parteizugehörigkeit Posten besetzt werden.	
239	Beleuchtung am Technologiehof nachts verringern	Am Technologiehof sollte nachts die Beleuchtung verringert werden. Dadurch könnte Energie eingespart werden. Auch nachtaktive Tiere würden weniger gestört.	
243	Regelmäßige Überprüfung der städtischen Zuschüsse	Im Haushaltsplan stehen viele Zuschüsse aufgrund von Regelungen oder Beschlüssen, die aus dem vergangenen Jahrtausend stammen und teilweise gar nicht mehr bekannt sind. Es ist sicherlich sinnvoll, hier regelmäßig zu überprüfen.	Aus der Aufzählung der Zuschüsse (http://www.muenster.de/stadt/finanzen/pdf/Haushaltsplan_2012_Band_1.pdf ab Seite 431) nur ein paar Beispiele: Block 01 Nr. 2 - Auftragsgrundlage nicht mehr bekannt, Nr. 12 - Ratsbeschluß 1994, Nr. 13 - nicht mehr bekannt, Nr. 14 - Verfügung von 1999, Block 02 Nr. 1 - Beschluß nicht mehr bekannt, Block 03 Nr. 5 bis 8 - Grundlage fehlt total, Nr. 9 Vereinbarung 1996, Nr. 11 und 14 - Vertrag (von wann?), Block 04 Nr. 1, 2 und 6 - politische Beschlüsse von wann? Das kann man noch fortsetzen, aber allein bis hierhin ist ein Volumen von 881.020 ? erreicht.
244	Sparen im System Stadtverwaltung selbst	Die Stadt sollte die Rolle der Bürgerinnen und Bürger (mehr Freiheitsrechte) bedenken und deshalb die überbordende Bürokratie abbauen. Den Bürger nicht als Melkkuh, sondern als Träger des Staates betrachten.	Nicht immer nur vom Abbau der Verschuldung reden, sondern dies auch tun. Keine Beratungsfirma engagieren, um zu sparen.
248	Mehrjährige Pflanzen und/oder Lebensmittel auf öffentlichen Grünanlagen	Es gibt Grünflächen, die in jeder Saison neu bepflanzt werden. Stauden, Wildblumenwiesen, mehrjährige Pflanzen erfordern weniger Pflege und sind insgesamt kostengünstiger. Auch ein Zukunftsprojekt mit Obst und Gemüse ist denkbar.	Die Stadt Andernach kann als Beispiel dienen. Dort sind öffentliche Grünflächen teilweise sogar mit Tomaten, Bohnen und Zwiebeln für alle nutzbar geworden (http://www.swr.de/im-gruenen-rp/-/id=100810/nid=100810/did=6686090/1774d3d/)
254	Verbesserte Kriterien für Trägerzuschüsse der Stadt Münster erarbeiten	Trotz mehrerer Zuschusskürzungen müssen Ehrenamtliche seit Neuestem Nachweise zum Beispiel für jede einzelne Fahrt in Form von Fahrtenbüchern vorlegen und wurden bisherige geringe Aufwandsentschädigungen restlos gestrichen.	Dieses Verfahren sollte zukünftig auch für Trägerzuschüsse gelten. Die Stadt Münster sollte keine neuen Zuschüsse an Träger geben, wenn diese nicht detaillierte Rechenschaftsberichte über Ausgaben, aussagefähige Sachstandsberichte und einen Haushaltsplan für das kommende Jahr vorlegen können. Die zuständigen Ausschüsse und Bezirksvertretungen sollten mit Beteiligung der Trägervertreter verbesserte Kriterien zur Fördergewährung erarbeiten.
255	Hundekot-Entsorgungs-Prüfer einstellen	Schaffung von "Ein-Euro-Jobs" zur Überprüfung der Sorgfaltspflicht von Hundebesitzern beim "Gassi-Gehen".	Ein unappetitliches Thema, aber Hundebesitzer machen es sich vor allem in den Außenbezirken (hier Gievenbeck) sehr leicht, mit ihrem Hund Gassi zu gehen. Aufgestellte Tütenspender werden schlicht ignoriert. Ehrlich, es ist ja auch extrem, in körperwarmen Hundekot zu fassen. Aber nun. Die öffentlichen Plätze (hier Grüner Finger) sind so voll mit Hundekot, dass ein Verpachten der Flächen zum haushaltsgünstigen Mähen durch einen Pächter (Landwirte) nicht stattfinden kann. Die Mahd ist etwas für den Sondermüll! Bei einem Verwarnungsgeld von 35 Euro oder bei Wiederholungstätern von 150 Euro hat die Stadt innerhalb kürzester Zeit die Aufwendungen für die Ein-Euro-Jobs neutralisiert und die Kassen so voll ...
258	Subventionierung der Busfahrkarten reduzieren	Die Stadt subventioniert den öffentlichen Busverkehr (ÖPNV) mit 25 Millionen Euro innerhalb des Stadtwerke-Haushaltes, freiwillig! Dadurch verschuldet sich Münster wesentlich immer weiter. Das ständige ungesunde Haushaltsdefizit beträgt 20 Millionen Euro.	Die Reduzierung der Zuschüsse um beispielsweise 20 % oder 5 Millionen Euro könnte die Gewinne der Stadtwerke um 4 Millionen Euro (nach Steuern) steigern, diese würden dann an die Stadt abgeführt und die ständige weitere Verschuldung beträchtlich reduziert. Zum Vergleich: Um diese 4 Millionen Euro Defizitreduzierung durch eine Erhöhung der Grundsteuer - die jeden Münsterbürger trifft - zu erzielen, wäre diese erneut um etwa 8 % zu erhöhen. Was ist da besser? Gezahlt werden muss, alles andere ist unfair der jungen Generation gegenüber. Das Leben auf Pump darf nicht weitergehen.
263	Beirat Bürgerhaushalt einsparen	Für den Bürgerhaushalt ist ein Beirat eingerichtet worden, darauf kann verzichtet werden.	Die Besetzung des Beirates ist nicht zu erkennen, insoweit ist auch nicht zu erkennen, wodurch er legitimiert ist. Es gibt genug Sachverstand in der Verwaltung, daher ist der Beirat überflüssig.

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
264	Wissenschaftsbüro einsparen	Bei Münster Marketing ist ein Wissenschaftsbüro eingerichtet, dies sollte eingespart werden.	Da nicht zu erkennen ist, was dies Büro tut und wo der kommunale Sinn dieser Einrichtung liegt sollte diese eingespart werden.
270	Kosten für Stadtbücherei schrittweise reduzieren	Das Lesen wird nicht weniger, nur die Verfügbarkeit von Lesestoff wird günstiger durch Internet und E-Buch, und auch die Ausleihe lässt sich dadurch günstiger gestalten. Das fordert einen Anpassungsprozess über Zeit, der jetzt beginnen sollte.	Unter dem Etatposten 0404 ?Stadtbücherei + Förderung von Büchereien freier Träger? fallen 6,1 Millionen ? Kosten an, davon sind 57% Personalkosten (3,5 Millionen ?) und nur 115.000 ? gehen an Dritte (zum Beispiel Hiltrup-Bücherei). Es gibt inzwischen jede Menge Bücher über das Internet für kleines Geld oder elektronisch umsonst, ein E-Buch kostet weniger als 100 ?, und den Computer gibt es in fast jedem Haushalt. Darauf müssen auch die Stadtbücherei und die Stadtgesellschaft reagieren. Ausleihe auf elektronischem Weg, überregionaler Zusammenschluss von Büchereien mit elekronischem Angebot und so weiter. All das ist ein Prozess über Zeit, der passieren muss und mit weniger Personal und Kosten auskommt als die Struktur von heute.
271	Vermarktung der Grundstücke an der Grevener Straße	Die Grundstücke von Ecke Dreizehnerstraße bis Grevener Straße 217 sollten vermarktet werden - das bringt Geld in die Stadtkasse.	
272	Mehr Mieter-genossenschaften in Münster	Mietergenossenschaften sind die geeignete Form, preiswerten Wohnraum zu schaffen.	Sozialwohnungen werden mit Steuergeldern gebaut, saniert und abgerissen. Mietergenossenschaften nehmen Steuergelder für Neubau, Sanierung und Abriss nicht in Anspruch. Deshalb tragen sie zur Entlastung des öffentlichen Haushaltes bei.
279	Rücknahme zusätzlicher freiwilliger Leistungen	Für den Bereich der freiwilligen Leistungen an diverse Träger (Haushaltsplan 2012, Band 1, Seite 431 ff. "Zuschussbericht") gelten ab 2013 wieder die Sätze wie noch im Verwaltungsentwurf Etat 2012 vorgeschlagen.	Ein Vergleich des Etat-Entwurfs der Verwaltung (Oktober 2011) mit dem vom Rat verabschiedeten Etat (Januar 2012) offenbart für einige Träger wie diverse Frauenprojekte, Indro, Zartbitter u.a. erhebliche Erhöhungen des jährlichen Zuschusses, teils im fünfstelligen Bereich, bis 2015 fest geschrieben. Eine Begründung ist nicht ersichtlich. Allen anderen Empfängern wurde der Zuschuss im Rahmen der Haushaltskonsolidierung dagegen mit 1,75 Prozent gekürzt. Eine Rücknahme der Mehrzuschüsse gegenüber der Verwaltungsvorlage spart je nach Umfang bis zu ca. 10 Mio. Euro für den Zeitraum 2013 bis 2015 (Anmerkung: 2012 ist bereits erledigt).
280	Theater: Kooperationen zur Kostensenkung anstreben	Münsters Theater wird mit 19 Mio. Euro/Jahr gefördert, das ist fast die Hälfte des städtischen Kultur-/Wissenschaftetats! Prüfauftrag, ob und wie durch Kooperation mit anderen Bühnen Einsparungen möglich sind, ohne aber Kulturleistungen spürbar einzuschränken.	Münster hat eine vielfältige Kulturlandschaft. Viele Bereiche werden gefördert. Das soll auch so bleiben. Besonders stark wird das Theater bezuschusst, das mit 19 Millionen Euro pro Jahr fast die Hälfte des städtischen Kultur- und Wissenschaftsetats verschlingt - das ist sicher weit mehr, als seiner wichtigen Rolle in Münsters Kulturangebot entspricht. Es soll geprüft werden, wie und ob durch Kooperationen mit Bühnen in Westfalen bis hin zu Osnabrück Einsparungen möglich sind, ohne dass das Kulturangebot in Münster spürbar eingeschränkt wird. Hier sind die enstprechenden Erfahrungen aus anderen Regionen/Projekten zu berücksichtigen. Anschließend Diskussion, ob und welche Maßnahmen umgesetzt werden (dazu könnte auch eine Stellenreduktion gehören) und was mit dem eingesparten Geld gemacht werden soll - Förderung anderer Kulturprojekte oder städtischer Haushalt.
286	Stiftung gründen, die die Lohnkosten im Altenheim bezahlen	In Holland zahlt eine Stiftung die Lohnkosten.	Wir haben fünf Millionen Hartz IV-Empfänger, Mini-Jobber und Rentner, die die Altenheimkosten vom Sozialamt bezahlt bekommen werden. Wir müssen andere Wege gehen, um die Kosten aufzufangen.

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
287	Instandhaltung der Straßen in Münster prüfen	Prüfen, ob die Instandhaltungspraxis bei Münsters Straßen mit teilweise jährlichen Ausbesserungen selbst kleinster Schäden wirtschaftlich sinnvoll ist oder was uns diese Praxis zusätzlich kostet.	Der Zustand von Münsters Straßen ist im Vergleich zu den meisten anderen Städten immer Top. Kleinste Mängel werden umgehend behoben. An vielen Kreuzungen wird der Straßenbelag sogar jährlich erneuert. In der Presse war vor einiger Zeit zu lesen, dass diese Praxis kostengünstiger sei, als kleine Schäden nur auszubessern ("flicken") und den Belag nur alle paar Jahre zu erneuern. Andere Städte - auch die in Haushaltssicherung - verfahren aber anders; hier sind Hauptstraßen häufig Flickenteppiche. Wäre Münsters Praxis günstiger, müssten die anderen Städte doch auch so verfahren! Daher Prüfauftrag (neutral), die beiden Verfahrensweisen ökonomisch zu vergleichen. Anschließend Diskussion eröffnen, welchen Straßenzustand man sich in Münster leisten kann und möchte. Ausdrücklich fordere ich hier nicht, dass es einen schlechteren Zustand geben soll - aber man sollte den Preis kennen!
292	Maximal 100.000 Euro je Antrag aus Sparkassen-Fördertopf	Bei der Ausschüttung aus dem Sparkassen-Fördertopf dürfen maximal 100.000 Euro pro Antragsteller bewilligt oder ausgezahlt werden, um möglichst viele Antragsteller zu berücksichtigen (statt einiger weniger).	
294	Stadtverwaltung zwischen Weihnachten und Neujahr schließen	Die Verwaltung bleibt zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen. 2012 liegen "zwischen den Jahren" nur 2 Werktage. Erfahrungsgemäß sind die BürgerInnenkontakte in dieser Zeit geringer als sonst. Für dringende Anliegen kann ein Notdienst eingerichtet werden.	Andere Städte machen es schon (Beispiele: Essen, Krefeld): "Betriebsferien zwischen den Jahren". Die städtischen Dienststellen bleiben grundsätzlich geschlossen. Der Spareffekt wird dadurch erreicht, dass die MitabeiterInnen Urlaub nehmen bzw. Überstunden und Gleitzeitguthaben abfeiern. Darüber hinaus werden Heiz- und Energiekosten eingespart, da die Dienstgebäude nicht betrieben werden müssen.
295	Tempo 50 in der gesamten Stadt	Dadurch würden die Unfallzahlen schnell und effektiv verringert. Außerdem ließen sich sage und schreibe 2 bis 3 Millionen Euro für rein bauliche Maßnahmen einsparen.	Im letzten Jahr gab es die höchste Zahl an Verkehrstoten in der Stadt seit 2008: 5 Personen kamen ums Leben.
299	Senkung der Münster-Standards bei Straßenausbau	Senkung des "Münster-Standards" beim Ausbau von Straßen, wenn diese in reinen Wohngebieten liegen.	Es sollte kritisch geprüft werden, ob der aktuelle "Münster-Standard" auch für reine Wohnstraßen in den Außenbezirken notwendig ist. Die Anwohner sind im Allgemeinen wegen der hohen Kostenbeteiligung nicht begeistert. Müssen die Gehwege immer perfekt sein? Kann man nicht auch zum Beispiel Gehwegplatten bei einer Sanierung weiterverwenden? Muss es tatsächlich der Unterbau sei? Muss überhaupt schon saniert werden, wenn der Gehweg etwas schief ist?
301	Keine Startbahnverlängerung am Flughafen Münster/Osnabrück	Es wird der Rückzug der Stadt aus den Plänen zur Startbahnverlängerung am Flughafen Münster/Osnabrück (FMO) gefordert.	Wir brauchen keinen Interkontinental-Verkehr am FMO.
304	Städtische Mehrfachförderung beenden	Bei Anträgen auf freiwillige Leistungen ("Zuschüsse") sind alle weiteren bestehenden Förderungen, insbesondere aus der öffentlichen Hand (auch im weiteren Sinne) anzugeben.	Oftmals erfolgen Förderungen direkt aus dem Haushalt (Rat) aber zugleich auch aus weiteren de jure und/oder de facto städtischen Töpfen (Bezirksvertretungen, Sparkassentopf usw.). Solche mehrfachen Förderungen sind zu beenden. Das jährliche Einsparvolumen dürfte im sechsstelligen Bereich liegen. Dieses Verfahren entspricht im Übrigen dem bei kulturellen und sozialen Projekten, bei denen im Rahmen des Finanzplans auch eine Gesamtfinanzierung darzustellen ist. Zugleich können durch so eine Förderbegrenzung weitere Empfänger im kulturellen und sozialen Bereich bedacht werden. Der Vorschlag steht dem ergänzenden Fundraising bei privaten Spendern nicht entgegen, fördert dieses indirekt sogar.
309	Abschaffung der Ampel Gartenstraße / Hoher Heckenweg	An der Ecke Gartenstraße/Hoher Heckenweg stadtauswärts ist jetzt eine Ampel instaliiert worden, außer den Verkehrsfluss zu hemmen, macht sie keinen Sinn.	Da außerdem die Fußgänger- und Radfahrerampel so angebracht sind, dass viele Autofahrer mehr Grün als Rot sehen wird sie sowieso häufig übersehen und in soweit ist es mehr Gefährdung als Sicherung.

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
311	(Projektbezogene) Spenden von Bürgern	Die Stadtverwaltung bemüht sich intensiver darum, Bürger vom Spenden oder Vererben zu Gunsten der Stadt oder städtischer Aufgaben und Einrichtungen zu überzeugen.	Die Münsteraner/innen beweisen bei verschiedenen Aktionen ihre Verbundenheit mit ihrer Stadt. Ich könnte mir daher vorstellen, dass es auch eine größere Bereitschaft gibt, für die Stadt oder einzelne Einrichtungen, Aufgaben und Projekte zu spenden oder Geld zu vererben. Vermutlich ist dies auch jetzt schon möglich, wird aber meines Erachtens zu wenig publik gemacht. Hier könnte die Stadt aktiver auf die Bürger/innen zugehen.
313	Straßenbaustellen mehrschichtig bearbeiten	Der Straßenbau wird in Münster im klassischem Einschichtbetrieb durchgeführt. Hierdurch verzögern sich z.B. Reparaturarbeiten unnötig und führen über längere Zeit zu Staus, erhöhter Umweltbelastung, erhöhter Belastung nicht betroffener Mitbürger.	In den letzten Wochen wurde und wird an der Kreuzung Ring/Grevener Straße die Bushaltestelle erneuert. Allmorgendlich waren lange Rückstaus und ein Ausweichen auf "Schleichwege" zu beobachten. Die Bauarbeiten wurden jedoch nur einschichtig ausgeführt. Eine Verlängerung der täglichen Bearbeitungszeit hätte für viele Anwohner und Verkehrsteilnehmer durch eine um Tage verkürzte Bearbeitungsdauer ergeben. Es wäre wesentlich angenehmer für alle Beteiligten gewesen. Bei zukünftigen Baustellen bitte ich diese Abarbeitung im Mehrschichtbetrieb zu prüfen. Mehr-Kosten für frühere/spätere Arbeitszeiten müssten über bessere Ausnutzung der Ressourcen (Maschinenpark) kompensiert werden.
315	Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten	Die Kriminalisierung von Konsumenten verschlingt Unmengen an öffentlichen Geldern. Den Konsumenten wird nicht geholfen, im Gegenteil, sie werden in einen kriminellen Strudel gezogen.	Es gibt genügend Vorschläge wie "Drogen" legal und kontrolliert erworben und konsumiert werden können. Bei allen diesen Modellen spart die Öffentlichkeit nicht nur die Kosten, die durch Kriminalisierung und deren Folgen entstehen (Gerichtsverfahren, die meißt eingestellt werden, Abrutschen in die Krßiminalität), sie könnte durch die Abgabe sogar Geld einnehmen.
317	Dezentrale Energieversorgung ausbauen	Bau von (kleineren) Blockheizkraftwerken in Neubaugebieten in den Stadtteilen und bei der Sanierung von bestehenden Baugebieten, z.B. auf Konversionsflächen.	Wo eine Versorgung mit Fernwärme wirtschaftlich nicht sinnvoll ist, erspart die kleinteiligere dezentrale Stromerzeugung gemeinsam für mehrere Bauvorhaben oder für ganze Straßenzüge bei gleichzeitiger Nutzung der Abwärme unter anderem lange Leitungswege und Energieverluste und führt dadurch zu einer Entlastung des städtischen Haushalts und des Haushalts der Stadtwerke und der Endkunden. Gleichzeitig werden Kosten für die Umsetzung der städtischen Klimaschutzziele gespart. Das "Klimaschutzgutachten 2020 für die Stadt Münster" spricht unter Ziffer 7.6.7 nur vom "Ausbau der Fernwärme in der Fläche"
318	Parkraumbewirt-schaftung	Eigentümer von Fahrzeugen, die keinen Stellplatz auf dem eigenen Baugrundstück nachweisen können und Pendler zahlen künftig eine Nutzungsgebühr für das Abstellen ihres Fahrzeugs auf öffentlichen Verkehrsflächen.	Auf der Straße abgestellte Fahrzeuge, nicht nur in Altbaugebieten, stellen das Ordnungsamt, die Straßenreinigung, die Müllabfuhr und so weiter vor zahlreiche Probleme, deren Lösung nur durch entsprechenden personellen und finanziellen Aufwand möglich ist. Menschen mit Bewohnerparkausweisen und Teilnehmer am Carsharing sollten von einer zusätzlichen Nutzungsgebühr verschont bleiben. Ich habe einen ganz ähnlichen Vorschlag schon vor einem Jahr gemacht und vermute, dass er wieder nicht mehrheitsfähig sein wird. Inzwischen habe ich erfahren, dass die Schweizer Bundeshauptstadt Bern generell eine solche nicht unerhebliche Gebühr erhebt. Näheres unter http://www.bern.ch/leben_in_bern/mobilitaet/autoundmotorrad/parkieren/parkkartenzonen
319	Keine Subventionierung von Baulandpreisen	Die Subventionierung von Grundstückspreisen, beispielsweise für Gewerbebetriebe und für Familien, sollte eingestellt werden.	Ich wiederhole meinen Vorschlag Nr. 307/2011: (Steuer-) Gelder, die für öffentliche Aufgaben dringend benötigt werden, kommen einzelnen privaten Investoren zugute, ohne dass in sehr vielen Fällen ein nachweisbarer mittel- bis langfristiger Nutzen für die Allgemeinheit daraus erwachsen würde.

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
320	Kommunale Abgabe für Barrierefreiheit	Einführung einer kommunalen Abgabe für alle öffentlich zugänglichen bzw. relevanten Gebäude, die nicht barrierefrei zugänglich für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Familien usw. sind.	Derzeit ist die Situation für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Familien usw. in Bezug auf den barrierefreien Zugang zu öffentlichen Gebäuden (Restaurants, Arztpraxen, Einkaufsläden usw.) katastrophal. Für die Betreiber besteht derzeit kein Anreiz, an dieser Situation etwas zu ändern. Durch die Einführung einer entsprechenden Abgabe könnte ein Anreiz für entsprechende Maßnahmen geschaffen werden. Die Abgabe könnte zweckgebunden für entsprechende städtische Maßnahmen eingesetzt werden und mit den anderen kommunalen Abgaben verwaltungsarm eingezogen werden. Sobald ein Betreiber seine Räumlichkeiten barrierefrei gestaltet, wird er von der Abgabe befreit.
321	Längere Grünphasen anstelle teurer Radschnellwege	Keine teuren Radschnellwege planen und bauen, sondern längere Grünphasen an Ampeln für Radfahrer, dies verkürzt die Fahrzeit zur Arbeit. Die Kosten der Ampelumstellung liegen deutlich unter den für neue Radschnellwege.	An vielen Ampeln im Stadtgebiet gibt es eine sehr kurze Grünphase für Radfahrer, so dass bei Fahrten in die Stadt lange Wartezeiten entstehen. Als Beispiel nenne ich die Kreuzung Kanalstraße/Bröderichweg. Die Grünphase für Radfahrer beträgt ca. sechs Sekunden. Die Grünphase für Autos stadteinwärts beträgt zumindest 40 Sekunden, teilweise deutlich über eine Minute, stadtauswärts ist die Grünphase noch deutlich länger. Die Anzahl der Fahrzeuge, die in den Bröderichweg abbiegen, ist überschaubar. Somit ergibt sich auch keine übermäßige Behinderung dieser Verkehrsteilnehmer. Mit der Umstellung würde dem Wunsch nach schnellerer Erreichbarkeit der Innenstadt entsprochen, ohne dass viel Planung oder hohe Kosten erforderlich sind.
325	Keine Subventionierung von Sport-Tourismus	Regelmäßig bietet das Wuddi Rundum-Pakete zu Spielen der Nationalmannschaft an, die mit weit unter 100 Euro für Busfahrt quer durchs Land und Ticket geradezu verschleudert werden. Dies ist keine Pflichtaufgabe der Stadt.	Nur wenige Normalverdiener können sich den Besuch derartiger Live-Events leisten. Die Stadt muss hier nicht mit Billig-Reiseanbietern konkurrieren. Zumal jedes Spiel auch in Münster bei einem Public Viewing miterlebt werden kann. Das Kulturamt finanziert ja auch keine Fahrt nach Bayreuth einschließlich Busfahrt.
326	Mauritz-Tunnel nicht umbauen	Die Unterführung an Landeshaus / Eisenbahnstraße soll für 120.000 Euro umgebaut werden, ohne dass hier zwingend Handlungsbedarf wäre. Das Geld ist an jeder engeren und gefährlicheren Stelle für Radfahrer im Stadtgebiet sinnvoller einzusetzen.	Angesichts von sechs Millionen mehr Defizit in diesem Jahr gehören derartige Luxussanierungen ganz schnell in die Versenkung.
328	Beleuchtung Aaseetreppe	Nachts ist die neuen Aaseetreppe ausgeleuchtet wie zu Filmaufnahmen. Gedimmtes Licht schont Geldbeutel und ist auch für die Tierwelt angenehmer.	
330	Freiflächen für gemeinschaftliche urbane Gärten	Die Stadt könnte kommunale Freiflächen oder brachliegende Flächen für gemeinschaftliches Gärtnern zur Verfügung stellen.	Eigentlich ist Boden ein gemeinsames Gut, so wie Luft und Wasser: Der Zugang zu diesen Gütern sollte im Sinne einer gerechten Gesellschaft gewährleistet sein. Das aktuelle Streben nach gemeinschaftlicher urbaner Gärtnerei ist ein lebenswichtiger Impuls, der als ?Chance? begriffen werden sollte. Auf kommunaler Ebene kann die Stadt dieser neuen Dimension der gesellschaftlichen und umweltbewussten Entwicklung Raum geben. Ein direkter, unmittelbarer Weg ist die zur Verfügung Stellung von Freiflächen an Bürger/Gruppen. Die Kosten wären null, der Gewinn von unschätzbarer Güte: 1. Wissen im Sinne von Umweltbewusstsein, Gemüse-/Blumenanbau 2. Impulse für verantwortungsbewusstes Verhalten 3. Interkultureller Austausch / soziale Verbindungen 4. Konkrete Erfahrungen hin zu Ernährungsbewusstsein /-souveränität Münster kann abermals zeigen, welch ?lebenswerte Stadt? mit was für einer ?Farbenbekennung? sie ist!
332	Externe Moderation des Bürgerhaushaltes einsparen	Die externe Moderation des Bürgerhaushaltes kostet Geld, insoweit kann das auch durch Mitarbeiter/-innen des Amtes für Finanzen und Beteiligungen der Stadt Münster erledigt werden.	

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
333	Umweltschutz-abgabe am Flughafen Münster-Osnabrück (FMO)	Erhebung einer Abgabe bei Start und Landung am FMO in Höhe von 1 bis 2 Euro pro Passagier. Bei 2 Millionen Passagieren macht das 2 bis 4 Millionen Euro für Münster, Osnabrück etc., die für Umweltprojekte genutzt werden können.	Flugreisen belasten die Umwelt erheblich. Gleichzeitig wird das Kerosin, anders als Treibstoffe für PKW oder Bahnverkehr (auch Strom) nicht durch Umweltsteuern/-abgaben belastet, es wird nur eine kleine CO2 Abgabe pro Flug erhoben. 1 oder 2 Euro mehr pro Flugreise sind für niemanden Anlass, deshalb den weiten Weg zu einem anderen Flughafen auf sich zu nehmen. Die Einnahme aus der Abgabe können zweckgebunden für Umweltprojekte in den Städten Münster, Osnabrück und den anderen FMO-Besitzern verwendet werden - für Münster rund 1 Millionen Euro pro Jahr! (Nicht meine Idee, aber gut; in Osnabrück gab es da schon mal einen Anlau.f)
334	Kurtaxe oder Bettensteuer erheben	Münster wird bei Touristen immer beliebter - Münster macht viel für Touristen. Durch eine Abgabe pro Hotel-Übernachtung könnte ein Teil dieser Aufwendungen finanziert werden.	Eine Bettensteuer wurde schon mal diskutiert, als die Mehrwertsteuer für Hotels von 19 auf 7 % gesenkt wurde. Besonders wegen der Rechtsunsicherheit wollte sich Münsters Stadtverwaltung damit nicht befassen. Es gibt nun einige Städte als Beispiele, wie man so etwas rechtssicher umsetzt. Klar ist, dass Touristen auch ohne eine Kurtaxe o.ä. Geld in der Stadt lassen. Aber mit einer solchen Abgabe lässt sich eben der Tourismusetat gegenfinanzieren oder gar Geld in weitere Aktivitäten stecken. Beispielsweise 5 Euro oder 10 % pro Übernachtung tun niemanden weh und sind auch weniger, als die Reduktion der Mehrwertsteuer ausgemacht hat. Die Touristen werden bei der Qualität, die sie hier geboten bekommen (Stadtbild, Sauberkeit, Veranstaltungen...) sicher Verständnis zeigen.
339	Keine Bevorzugung Preußen Münsters	Keine Bevorzugung von Preußen Münster durch höhere Förderungen des Vereins oder des Stadions gegenüber anderen Sportvereinen!	So sehr ich Preußen Münster die sportlichen Erfolge auch gönne - es ist meines Erachtens nicht vertretbar, Preußen Münster finanziell gegenüber anderen Vereinen zu bevorzugen. Jeder Verein sollte eine gewisse Grundförderung bekommen (zum Beispiel pro aktivem (!) Mitglied) und dann, wenn er "etwas teurer" ist, die Mehrkosten auch selbst tragen. Wie in jedem Haushalt muss man dann für größere Anschaffungen halt ansparen und den Gürtel solange enger schnallen - oder es geht halt nicht. Für die Masse (!) der Bürger leisten die anderen Sportvereine in zum Beispiel integrativer und sozialer Hinsicht mehr als Preußen Münster. Die immer wieder zitierte indirekte Gegenfinanzierung durch Image und Geld, das Besucher mitbringen, ist für mich nicht realistisch. Also: Senkung der Zuschüsse an Preußen Münster auf ein Niveau, das mit dem anderer münsterschen Vereine vergleichbar ist. Wenn der Verein mit dem von ihm genutzten Stadion mehr will, muss er es auch selbst bezahlen!
340	Bündelung des Musikunterrichts	Integration der diversen "e.V."-Musikschulen in die städtische Musikschule (umzusetzen durch vollständige Streichung der Zuschüsse bei (geringerer) Aufstockung des Musikschuletats).	Es gibt keinen zwingenden Grund, mehrfach parallele Organisationsstrukturen in Form der diversen "e.V."-Musikschulen vorzuhalten. Das macht nur unnötige Overhead-Kosten durch doppelte Verwaltungsarbeit. Der eigentliche Musikunterricht kann und sollte weiter dezentral vor Ort stattfinden, aber es braucht keine eigenständigen Organisationen mit ihren eigenen Verwaltungsstrukturen. Das kann die Verwaltungsstruktur der städtischen Musikschule mit geringen Mehrkosten "mit links" mitmachen, so dass die bisher doppelten Verwaltungskosten nahezu komplett eingespart werden können. Münster sollte sich diesen Luxus mit mehreren eigenständigen Musikschuleinrichtungen nicht leisten.
341	Vollständige Streichung des freien Rosenmontags	Bisher ist der Rosenmontag in der städtischen Verwaltung immer noch zur Hälfte offiziell frei - ohne Anrechnung als Urlaubstag. In der freien Wirtschaft wurde dies überwiegend schon vor Jahren gestrichen.	Es kann gerne freigenommen werden, dann aber gegen Urlaubstag. Die öffentliche Verwaltung sollte sich hier der Privatwirtschaft angleichen. Es ist nicht zu rechtfertigen, wenn woanders schmerzhafte Einschnitte gemacht werden müssen, hier dann aber Großzügigkeit gezeigt wird. Das mögliche Gegenargument, das eh weniger Publikumsverkehr sei, zieht nicht, da viele Verwaltungsvorgänge ohne Publikumsverkehr erledigt werden müssen. Und die Erreichbarkeit z. B. des Stadthauses 3 ist auch am Rosenmontag gegeben. Wie gesagt, die Mitarbeiter können ja gerne mitfeiern, sollen dann aber wie in der Privatwirtschaft einen Urlaubstag nehmen.

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
343	Streichung von Zuschüssen zu Turnieren	Streichung von Zuschüssen zum "Turnier der Sieger" und "K+K Cup".	Im letzten Jahr bereits positiv bewertet, haben die Gremien dies dann abgelehnt, weil sie ein Abwandern aus Münster fürchten. Gleichzeitig haben sie aber deutlich gemacht, dass der Anteil der Stadt mit etwa 2,5 bis 5% nur sehr gering sei. Es ist fraglich, ob bei Rückzug der Stadt und damit Wegfall von gerade einmal 2,5 bis 5% des Budgets die Veranstalter das Risiko auf sich nehmen, die Verknüpfung mit Münster zu lohnen. Aus Sicht des Haushalts muß dagegen an allen Ecken gespart werden! Wer die Musik bestellt, soll sie auch bezahlen. Großartige soziale Wirkungen, die eine Förderung durch die Allgemeinheit rechtfertigen würden, sehe ich nicht. Der indirekte Rückfluss über ausgegebenes Geld der Besucher ist meines Erachtens auch zweifelhaft. Entweder der veranstaltende Verein kann es sich leisten oder nicht. Münster kann sich die Veranstaltung nicht mehr in dieser Form leisten.
344	Kein Geld für Spiekerhof-Brücke	Kein städtisches Geld für einen Umbau der Spiekerhof-Brücke, wie ihn einige interessierte Kreise seit Jahren immer wieder zu forcieren versuchen! Die jetzige Brücke ist optisch völlig in Ordnung!	
346	Auflösung eines Stadtbezirkes	Zusätzlich zum Stadtbezirk Mitte reichen die vier Bezirke Nord, West, Süd und Ost aus.	Hiermit werden sowohl nicht unerhebliche Kosten für die Politik als auch städtisches Personal gespart. Bereits jetzt sind die Stadtbezirksgrenzen teilweise recht willkürlich - die Gemeinsamkeiten beispielsweise von St. Mauritz und Handorf, die beide zu "Ost" gehören, liegen im täglichen Leben nahe bei Null. Eine Verschlechterung der lokalen Ortskenntnis und Verhaftung ist damit nicht zu erwarten; dagegen könnte man so gut den eingeschränkten Haushaltsmöglichkeiten Rechnung tragen.
351	Mobile Dialogdisplays im Sponsorenmodell	Dialogdisplays haben sich bewährt. Temporäre Hinweise für die Verkehrsteilnehmer sind effektiver als fest installierte Dialogdisplays.	Anschaffungen von Dialogdisplays im Sponsorenmodell bieten den Vorteil, dass Sponsoren das Thema Sicherheit aufgreifen und der Haushalt geschont wird. Sponsoren könnten das Dialogdisplay auch als Werbefläche nutzen. Mit den Dialogdisplays könnten auch ständig aktuelle Verkehrserhebungen erfolgen, die für die Verkehrsplanung und Verkehrssicherheit am effektivsten wären. Eine Organisation der ständigen Standortauswahl sollte über die Bezirksverwaltungsstellen erfolgen.
353	Keine Unterstützung von Burschenschaften	Burschenschaften stehen immer wieder in Verbindung mit rechtsradikalen und verfassungsfeindlichen Äußerungen. Da die Stadt Münster dem Grundgesetz verpflichtet ist, sollte sie jegliche Unterstützung der Burschenschaften einstellen.	Insbesondere sollten keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, sowie es sollte keine Nutzungsmöglichkeiten von städtischen Einrichtungen geben.
354	Erhebung der Elternbeiträge vereinfachen	Das Verfahren zur Erhebung der Elternbeiträge sollte vereinfacht und damit Arbeitsaufwand in der Stadtverwaltung reduziert werden.	Eltern, die ihr Kind in den Kindergarten schicken, brauchen gute Nerven. Sie füllen eine Erklärung zum Elterneinkommen aus, kämpfen sich durch eine mehrseitige Ausfüllanleitung und kopieren dann noch unzählige Einkommensnachweise und Bescheinigungen. Die Stadt prüft alles, berechnet das "maßgebliche Einkommen" und ordnet die Familie der passenden Einkommensgruppe zu. Damit aber nicht genug. Im Folgejahr werden die Eltern zur Vorlage des Steuerbescheides aufgefordert - zwecks Kontrolle der Berechnung aus dem Vorjahr. Gegebenenfalls wird nachberechnet oder zurückbezahlt. Noch schwieriger wird es, wenn sich das Einkommen durch einen Nebenjob eines Elternteils unerwartet erhöht haben sollte. Das Verfahren sollte vereinfacht werden. Dabei könnte man auch gleich die Bewilligung des Elterngeldes unter die Lupe nehmen. Das ist nämlich ähnlich kompliziert und mit vielen, vielen Formularen verbunden.
356	Tempo 30 auf der Bahnhofstraße	Auf der Bahnhofstraße sollte Tempo 30 vorgeschrieben werden.	Die Bahnhofstraße wird tagtäglich von unzähligen Fußgängern und Fahrradfahrern überquert. Trotzdem dürfen Kraftfahrzeuge auf zwei Spuren mit sage und schreibe 50 km/h durch die wartenden Menschenmassen brausen (und tun dies auch). Eine Temporeduzierung auf der Bahnhofstraße -und besser noch bis zum Landeshaus oder gleich ganz bis zum Niedersachsenring- würde städtische, private und Krankenkassen entlasten.

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
363	Mehr Mittel zur Eigenbewirtschaf-tung für Schulen	Den Schulen sollten mehr Mittel, die derzeit noch zentral verwaltet werden, zur Eigenbewirtschaftung übertragen werden.	Den Schulen stehen nur im sehr geringen Umfang Mittel zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zur Verfügung. Wenn die Schulen auch die Gelder zum Beispiel für Energieverbrauch und allgemeine Bauunterhaltung selbst bewirtschaften dürften, würden sicher mehr Einsparungen erzielt, solange eingesparte Mittel zweckgebunden in den Schulen blieben. Durch effizienteren Mitteleinsatz würde so mehr erreicht, ohne dass Mehrausgaben entstehen würden. Zusätzliche Einsparungen würden bei der Stadt entstehen (Personalkosteneinsparung im Schulamt und Amt für Gebäudemanagement).
364	Einführung eines Fahrrad-Verleih-Systems	In mehreren europäischen Städten gibt es ein günstiges Fahrrad-Verleih-System. Dieses sollte in Münster auch eingeführt werden (Tourismus-Förderung, Vermeidung von Autoverkehr, Parkplatzprobleme von Fahrrädern).	http://de.wikipedia.org/wiki/Velib
365	Bürgerbeteiligung bei Baumaßnahmen und Pflanzungen	Im Rahmen einzelner Projekte können Freiwillige konkret etwas für Münster tun, indem sie in Gemeinschaftsarbeit tätig werden. Den Bürgern wird die Möglichkeit gegeben, unter sachkundiger Anleitung das Stadtbild mitzugestalten und zu verschönern.	Bei der Bepflanzung beispielsweise von Ausgleichsflächen und auch größeren Projekten, wie Arbeiten an Spielplätzen oder der Umgestaltung des Aabettes können die Bürger mit Werkzeugen und Geräten, angeleitet von Offiziellen, aktiv werden. Vorteile hier: - Erhöhte Verbundenheit mit der Stadt - Kosteneinsparung - Gemeinschaftsbildung - Gesundheitsförderung, direkt und indirekt Dass Arbeit auf freiwilliger Basis funktioniert, beweisen Ehrenämter, Vereine, Müllsammelaktionen, Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ), Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und so weiter.
366	Kein Parallelradweg auf ehemaliger Gleistrasse	Die alte Gleistrasse vom York-Ring bis Nevinghoff soll in einen Radweg umgebaut werden, obwohl es bereits parallele Radwege gibt. Die Maßnahme sollte nicht durchgeführt und so Geld gespart werden.	Das Geld für diese unnötige Umwandlungsmaßnahme kann eingespart werden, denn es gibt hier bereits parallel verlaufende Radwege. Außerdem handelt es sich bei der ehemaligen Gleistrasse inzwischen um einen Grünstreifen mit all einen Vorteilen wie zum Beispiel Schallschutz. Die Stadt sollte, wie von Anliegern des Havixburgweges gewünscht, die ehemamlige Gleistrasse an die Anlieger verkaufen. Dadurch kann sie von der Brache sogar noch finanziellen Nutzen ziehen.
367	Auffällige Mietnebenkosten bei Gewährung von Sozialleistungen überprüfen	Eine genaue Überprüfung oder Korrektur von Mietnebenkosten, die im Rahmen von Sozialleistungen übernommen werden, kann zu einer Senkung der Unterkunftskosten führen.	Familien und Alleinerziehende, die Wohngeld und Hartz IV - Leistungen beziehen, stehen seit einigen Jahren vor dem Problem, dass die Wohngeldzahlungen zwar nicht erhöht wurden, aber die Nebenkosten stark gestiegen sind. Das bedeutet für sie unter Umständen Verzicht auf Ausgaben für andere sinnvolle Anschaffungen. Zwar sind die mit Hartz IV-Leistungen unterstützten Familien froh, dass das Amt die Nebenkosten in voller Höhe übernimmt. Es bestehen aber Zweifel, ob die Nebenkosten immer richtig abgerechnet wurden. Ich schlage vor, dass Nebenkosten, soweit sie auffällig hoch sind, genau überprüft werden. Meiner Einschätzung nach könnten so Gelder für überhöhte Nebenkosten gespart werden.
368	Kein Bedarf für Kindertagesstätte (Kita) am Merschkamp	Mit dem Bau der Kita am Merschkamp durch den Träger Christlicher Verein Junger Menschen Münster e.V. (CVJM) verpflichtet sich die Stadt Münster über einen langjährigen (30 Jahre) Zeitraum zur Zahlung eines jährlichen Zuschusses von 630.000 Euro.	In unmittelbarer Nähe wohnt schon heute keine ausreichende Anzahl an Kindern für eine Kita in dieser Größe. Für uns Bürger ist nicht nachvollziehbar, wie die Stadt Münster völlig unangemessen Steuergelder verschwendet. Es dürfte wohl kaum möglich sein, für den Zeitraum der Zuschussgewährung eine belastbare Bedarfsplanung für Kita Plätze zu erstellen.
370	Keine Aufpflasterung Kreuzung Ewaldi/Ottostraße	Im Hubertiviertel ist der Kraftfahrzeug-Verkehr dank der bestehenden verkehrsregulierenden Maßnahmen so gut geregelt, dass schnelles Fahren unmöglich ist. Zusätzliche Maßnahmen, die Geld kosten, sollen nicht durchgeführt werden.	An der Kreuzung Ewaldi/Ottostraße ist eine Aufpflasterung geplant, die mehr als 12.000 Euro kosten wird. Der Kraftfahrzeug-Verkehr ist bereits so gut reguliert, dass eine weitere Aufpflasterung keinen zusätzlichen positiven Effekt auf den Autoverkehr erzielen wird. Durch Verzicht auf die Aufpflasterung können die genannten Kosten eingespart werden.

Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Erläuterung
375	Keine umfangreiche Mülltrennung	Statt im Haushalt mehrere Müllbehälter für unterschiedliche Abfälle aufzustellen, könnte auch ein Behälter allein ausreichen.	Nach wissenschaftlich begleitetem Versuchen (z.B. in Trier) gibt es Verfahren zur Mülltrennung, die es überflüssig machen, den Müll in verschiedenen Tonnen zu sammeln. Dies würde unter anderem den gelben Sack überflüssig machen. Denn wie der Versuch gezeigt hat, trennen Maschinen besser als der Mensch. Den Bürgern bleiben die Biotonne und die gelbe Tonne erspart, Rohstoffe werden energetisch verwertet und die Entsorgungskosten liegen weit unter dem Durchschnitt.
378	Abschaffung der 2-%-Umlage auf die gesamten Mietnebenkosten der Sozialwohnungen	Seit 1987 zahlen Mieter von Sozialwohnungen die 2-%-Umlage. Investoren und Verwalter gründeten schnell Tochtergesellschaften für den Hausmeisterjob, Gebäudereinigung und Gartenpflege. Seitdem explodierten die Mietnebenkosten.	2007 wurden Mietnebenkosten bis 4.699 Euro für 99 Quadratmeter bezahlt. Ein Jugendstilhaus mit 462 Quadratmetern hatte 2007 insgesamt Betriebs- und Heizungskosten in Höhe von 8.874,88 Euro. Seitdem sind die Mietnebenkosten um über 25 % gestiegen (14,1 % Müllgebühren, Grundsteuer, Strom, Gas und Wasser). Vermieter von Sozialwohnungen erhalten mit der Kaltmiete 2 bis 5 % Mietausfallwagnis und für die Verwaltung 165 bis 255 Euro pro Wohnung. Deshalb bin ich für die Abschaffung dieser Umlage.
380	Auf nächtliche Beleuchtung des Wolbecker Amtshauses (Am Steintor 50) verzichten	Das Amtshaus in Wolbeck, Am Steintor 50, ist jede Nacht beleuchtet. Die Kosten für die Beleuchtung sollten eingespart werden.	Angesichts der schwierigen städtischen Haushaltslage sollte das Immobilienmanagement das Thema "Nächtliche Beleuchtung von städtischen Gebäuden" grundsätzlich aufgreifen und auf die Beleuchtung solcher Immobilien verzichten, bei denen dies lediglich die Sicht auf das Gebäude ermöglicht.
383	Waffensteuer einführen	Die Stadt Münster sollte nach dem "Stuttgarter Modell" eine Waffensteuer einführen. Diese Steuer sollte auch von Jägern und eventuell auch von Sportschützen entrichtet werden.	Münster könnte mit einer solchen Steuer die auslaufende Jagdsteuer mehr als ausgleichen. Die immer wieder erlebten schrecklichen Unfälle, Amokläufe (Winnenden und so weiter) sollten unsere Verantwortlichen aus Stadt und Politik zum Handeln veranlassen. Ziel ist es, die Zahl der Gewehre und Pistolen in Privathaushalten zu verringern. Jede Waffe weniger ist ein Zugewinn für die öffentliche Sicherheit.
384	Einsparvorschläge des Bürgerhaushaltes 2012 gehen zu 100 % in Bestenliste	Alle von den Bürgerinnen und Bürgern vorgebrachten Einsparvorschläge, welche im Rahmen des Bürgerhaushaltes 2012 eingebracht wurden, werden automatisch in die Bestenliste aufgenommen.	Unterstützung der derzeitig angespannten Haushaltssituation der Stadt.
385	Stadtwald für Münster	Ausweisung von Flächen zur Schaffung eines Stadtwaldes. Der wachsende und nachwachsende Rohstoff kann vermarktet werden und stärkt zukünftig die Einnahmeseite der Stadt und verbessert das Klima.	Finanzierung: Spenden der Bürgerinnen und Bürger, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen 1. Durchführung: Schulprojekte, Interessierte Arbeitsgruppen/Umweltgruppen Betrieb: Stadt und Forst Vermarktung: Stadt
386	Ineffizienten Straßenrandstein-Reinigungsaufwand saisonal reduzieren (Bedarfskonzeption)	Der Straßenrandstein-Reinigungsaufwand (personell und Fahrzeugeinsatz) muss in der Relation Kosten - Nutzen in saisonal überwiegenden Zeiten (kein Laubfall und so weiter) als verzichtbar und damit kostenminimierend bewertet werden.	Dies gilt für den Großteil der Wohnstraßengebiete, nicht für die Hauptstraßen. Das Gemeinschaftsbekenntnis "Jeder soll vor seiner eigenen Haustür kehren" sollte auch für die Randsteinsäuberung in den Wohnstraßengebieten gelten. Damit würden wieder etliche Mittel für andere, dringlichere Maßnahmen freiwerden.
387	Entsiegelung von Flächen	Derzeit versiegelte Flächen der Stadt und Bürgerinnen und Bürger entsiegeln oder entsprechende Bauweisen vorschreiben.	Reduzierung der Wasserabführung in das öffentliche Abwassernetz und damit der zu planenden Abmessungen.
388	Glas-Recyclingstationen als Serviceangebote und nicht als Müll- und Abfallnischen präsentieren	Glas-Recyclingstationen werden vielfach als Dependancen (Nebenstellen) der offiziellen Deponieangebote missverstanden. Je schlechter einsehbar, desto größer ist die Restmüllablagerung.	Das Entsorgungskonzept bedarf dringend einer organisatorischen und gestalterischen Neuorientierung! Damit würde die Vermüllung des jeweiligen Umfeldes reduziert und der Arbeitskräfteeinsatz bei der Müllbeseitigung effizienter gestaltbar.
391	Verbot weiterer Versiegelung von Grünflächen	Das ist eine Verschandelung der Landschaft. Die rasante Beschleunigung der Versiegelung der Landschaft fördert den Klimawandel, führt zu dessen Beschleunigung.	Diese fatale Entwicklung gehört gebremst, wenn nicht in Richtung Entsiegelung. Durch Baumaßnahmen verschwindet immer wieder auch Grün an sich. Das ist bei jeder Baumaßnahme so. Es erfolgt immer nur eine teilweise Neubegrünung. Siehe Kinderhauser Zentrumserweiterung. Kinderhaus wird immer hässlicher.